

mo

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 79

SOS
Mitmensch

**VERSTÜMMELUNG
DER KAMPF GEGEN
FGM/C IN ÖSTERREICH**

**INTEGRATION
DER ÖIF UND
DIE DEUTSCHKURSE**

**AM ANSCHLAG
ELEMENTAR-
BILDUNG IN
DER KRISE**



DOSSIER:
**GUTE BILDUNG?
NICHT FÜR ALLE!**

Was MO-Kolporteur:innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



**Hallo, ich hätte gern ein Magazin. Dann kann meine Mama etwas Deutsch lernen!*

SOS
Mitmensch

JETZT SPENDEN!
IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383
BIC: GIBAATWWXXX



Illustration: P.M. Hoffmann

Ein Bild der „Willkommenskultur“ in Österreich und wie bildungspolitische Baustellen für Asylpolitik missbraucht werden.

Liebe Leser:innen,

in einer Zeit, in der globale Krisen unser tägliches Leben bestimmen und soziale Ungleichheiten weiter zunehmen, sollten wir nicht auf eines der wichtigsten Themen vergessen: die Bildung. Nicht als Luxus oder bloßes Sprungbrett für wirtschaftlichen Erfolg, sondern als grundlegendes Menschenrecht – verankert in internationalen Abkommen, in der Realität jedoch oft ungleich verteilt.

Bildung bedeutet mehr als Lesen, Schreiben und Rechnen. Sie bedeutet Teilhabe, Selbstbestimmung, Chancen und Würde. Daher widmen wir uns in dieser Ausgabe einem breiten Spektrum bildungspolitischer Fragen: von der Verfügbarkeit von Schulplätzen für Menschen mit Behinderung, der alarmierenden Lage in der Elementarpädagogik, dem Umgang von Schulen mit der Migrationsgesellschaft, der monopolartigen Stellung des ÖIF im Deutschkursbereich für Geflüchtete bis hin zur Rolle von Eltern in der Bildungsbiografie ihrer Kinder. Denn es ist höchste Zeit, Bildung neu zu denken – nicht als Privileg, sondern als gemeinsames Versprechen, das wir als Gesellschaft einlösen müssen.

Wie grundlegend Bildung auch für eine lebendige Demokratie ist, erklärt Richter und SOS Mitmensch-Vorstandsmitglied Oliver Scheiber im Interview. Aktuell gibt es einige demokratiepolitische Baustellen, die es zu reparieren gilt, und er warnt, wachsam zu bleiben, wenn wir Entwicklungen wie in den USA vermeiden wollen. Wir wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre!

Milena Österreicher, Chefredakteurin



Brillen.manufaktur[®]

1070 Wien
Neubaugasse 18
brillenmanufaktur.info

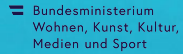
SCHARENET



10.7.-10.8.2025

IMPULS TANZ

Tanzstücke, Workshops,
gratis Outdoor-Tanzklassen, Ausstellungen,
Konzerte, Partys und vieles mehr

 **Stadt Wien** | Kultur
 Bundesministerium
Wohnen, Kunst, Kultur,
Medien und Sport
 Co-funded by
the European Union

Art Direction & Design: Cin Cin, Creative Studios; Photography: Isabelle Wenzel; Performer: William Briscoe

NACHGEFRAGT

„Von Inklusion sind wir weit entfernt“

In Österreich haben Jugendliche mit Behinderung bisher keinen Rechtsanspruch auf ein elftes und zwölftes Schuljahr. Ursula Fehringer, Obfrau des Vereins Familiennetzwerk Down Syndrom, berichtet über den Kampf um einen Schulplatz für ihren Sohn Elias und was es österreichweit für mehr gesellschaftliche Teilhabe bräuchte.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER

Im März wurden Sie und die Eltern dreizehn weiterer beeinträchtigter Schüler:innen am Bildungscampus in Vöcklabruck benachrichtigt, dass Ihre Kinder ab Herbst nicht mehr in ihre Schule gehen können. Wie kam es dazu?

Beim Elternabend wurde uns überraschend von der Direktorin, dem Finanzreferenten der Gemeinde und einer Vertreterin der Bildungsdirektion mitgeteilt, dass unsere Kinder, die einen sonderpädagogischen Förderungsbedarf haben, wegen Platzmangels und mangelnder Ressourcen ab 4. Juli nicht mehr die Schule besuchen könnten.

Wie hat Ihr Sohn auf diese Nachricht reagiert?

Anfangs wollte ich es ihm gar nicht sagen, denn ich wusste, wie schlimm das für ihn werden würde. Als ich es schließlich tat, schloss er sich im Badezimmer ein und schrie: Ich muss noch lernen, ich will meine Freunde sehen!

Was passierte danach?

Ich habe mich an die Medien gewandt, denn wir waren verzweifelt und ich wollte das nicht akzeptieren. Warum haben unsere Kinder nicht die gleichen Chancen auf Bildung wie andere? Sie



Elias und Ursula Fehringer freuen sich darüber, dass die Schule nun doch ab Herbst weitergeht.

brauchen gerade in der Jugend soziale Kontakte. Zudem sind viele der Eltern berufstätig und können ihre Kinder nicht entsprechend zuhause betreuen. Ende März kam dann die überraschende Nachricht, dass die Schule vom Land und der Gemeinde mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommt und unsere Kinder weitermachen können. Nun sollen zwei Container aufgestellt werden, in denen die Jugendlichen dann ab Herbst weiter unterrichtet werden.

Die aktuelle Regierung plant einen Rechtsanspruch auf ein elftes und zwölftes Schuljahr für Kinder mit Behinderung. Gibt Ihnen das Hoffnung?

Es wäre wichtig, dass dies nun so rasch als möglich umgesetzt wird. Es wurde allerdings noch nicht abgesegnet und auch mit dem Zusatz versehen, dass

der Anspruch nur kommt, wenn es das Budget zulässt.

Was braucht es aus Ihrer Sicht noch im Bereich Inklusion?

In unserem Verein „Familiennetzwerk Down Syndrom“ sind über tausend Eltern aus ganz Österreich. Sie berichten von zahlreichen Baustellen: Viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf bräuchten ein zusätzliches Kindergartenjahr, denn ihr Reifeprozess ist ein anderer. Momentan werden die meisten mit sechs Jahren eingeschult, egal wie ihr Entwicklungsstand zu diesem Zeitpunkt ist. Es fehlt zudem an ausreichend sonderpädagogischem Personal. Wir brauchen auch dringend mehr integrative Arbeitsplätze. Man meint in Österreich immer noch, dass Menschen mit Behinderung am besten irgendwann in einer Werkstätte unterkommen. Dabei könnten viele am regulären Arbeitsmarkt aktiv sein, wenn die Arbeitsplätze entsprechend angepasst sind. Österreich hat 2008 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Von Inklusion sind wir in so vielen Bereichen aber weiterhin weit entfernt. Die meisten Menschen mit Behinderung haben hierzulande immer noch kaum Teilhabe in der Gesellschaft.

Verbotene Empathie

Geflüchtete werden so radikal abgewertet wie noch nie. Teile der Politik verweigern inzwischen jegliche Empathie. Das hat Folgen – für alle.

TEXT: ALEXANDER POLLAK



Illustration: Petja Dimitrova

Es gibt in Teilen der Politik ein neues Tabu. Empathie mit Geflüchteten zu zeigen, ist strengstens verboten. Das gilt nicht nur für die FPÖ, die geflüchtete Menschen ins Zentrum ihrer Feindbildpolitik stellt und tagtäglich mit radikalen Abwertungen, Häme und Hass arbeitet. Auch eine Partei wie die ÖVP, die sich ansonsten „Familienpartei“ nennt, dämonisiert inzwischen das Familienleben von geflüchteten Menschen. ÖVP-Regierungsmitglieder schrecken dabei nicht davor zurück, eine Studie, die viele positive Effekte von Familienzusammenführungen aufzeigt, verzerrt wiederzugeben und ins Negative zu verkehren, um ihre Politik der Einschränkung des Rechts aufs Familienleben zu rechtfertigen. SPÖ und Neos tragen dieses Schauspiel teils schweigend, teils auch aktiv unterstützend mit. Es zeigt sich: In Zeiten mannigfaltiger Krisen und budgetärer Kürzungen ist kaum noch eine Partei vor Sündenbockpolitik gefeit. Mit der Aussetzung des Familiennachzugs wurde der aktuelle Sündenbock klar markiert – ohne dass auch nur ein einziges Wort des Bedauerns gegenüber den Menschen geäußert wurde, deren Hoffnungen auf ein gemeinsames Leben mit ihrer engsten Familie nun auf die lange

Bank geschoben oder ganz zertrümmert wird. Ähnliches passiert in Zusammenhang mit Sozialleistungen. Geflüchtete werden kollektiv zu Personen erklärt, die unwürdig sind, jenes Minimum zu erhalten, von dem angenommen wird, dass es Menschen brauchen, um hierzulande halbwegs würdevoll über die Runden zu kommen. Auch die medizinische Versorgung von Geflüchteten wird inzwischen attackiert – wiederum mit dem klaren Ziel, einen Sündenbock für Engstellen im Gesundheitssystem präsentieren zu können. Niemand bestreitet die enormen Herausforderungen, die die großen Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre mit sich gebracht haben. Doch es ist eine grobe Verzerrung der Realität, wenn nun die vielen positiven Dinge, die gelungen sind, verleugnet werden. Dabei könnte Österreich stolz sein, dass zigtausenden Menschen neue Perspektiven gegeben wurden, stolz sein, dass zwei Drittel der Menschen, die vor zehn Jahren als Geflüchtete kamen, heute in Beschäftigung sind. Fast 78 Prozent der Männer und 38 Prozent der Frauen, die 2015 gekommen sind, gehen laut ÖIF-Arbeitsmarktstudie einer bezahlten Arbeit nach. Das ist nicht perfekt, aber durchaus beachtlich. SOS Mitmensch hat einige dieser Menschen

auf der Webseite www.hierangekommen.at porträtiert. Doch der öffentliche Diskurs wird nahezu ausschließlich von schockierenden Kriminalitätsfällen dominiert, die es auch gibt. Auch im Schulbereich wird nicht über jene jungen Menschen gesprochen, die trotz aller Hürden Bildungsabschlüsse geschafft haben, sondern nahezu ausschließlich über jene Minderheit, die mit ihrem Leben schlecht zurechtkommt und Probleme macht. Befeuert wird diese Verzerrung von Boulevardmedien, die mit Negativschlagzeilen ein gutes Geschäft machen, von sozialen Medien, die Generalisierungen und Hass pushen, und von Parteien, die alle Krisen der Gegenwart auf einen einzigen Faktor zurückführen wollen, nämlich einen, der sich zur Spaltung und Aufwiegung – und Ablenkung von den eigentlichen großen Krisenursachen – eignet. Es ist tatsächlich zu einer Challenge geworden, nicht blind für das zu werden, was funktioniert, nicht empfänglich für die Sündenböcke und einfachen Antworten zu werden, die uns als Krisenursache vorgesetzt werden, und sich nicht den neuen Empathieverboten zu beugen. Wenn wir diese Challenge nicht bestehen, droht eine Kältewelle in unserer Gesellschaft, die am Ende des Tages alle trifft.

ZIVILCOURAGE

SOS Mitmensch-Preis an Ilkay Idiskut und „Die Tagespresse“!

In einer mitreißenden Zeremonie hat SOS Mitmensch seine diesjährigen Zivilcourage-Preise im vollen Wappensaal des Wiener Rathauses an die Volksschullehrerin Ilkay Idiskut und das Satiremedium „Die Tagespresse“ verliehen. Ilkay Idiskut erlangte Bekanntheit, als sie die Öffentlichkeit tief in ihren Unterricht blicken ließ. Sie erlaubte dem Team des mehrfach ausgezeichneten Films „Favoriten“, drei Jahre lang in ihrer Klasse zu drehen. In zahlreichen Interviews nimmt sich die Lehrerin kein Blatt vor den Mund, wenn es darum geht, Probleme zu benennen und Bildungsgerechtigkeit für alle Schulkinder



Bewegender Abend für Zivilcourage im Wiener Rathaus.

einzufordern. Sie steht stellvertretend für all jene Lehrkräfte, deren Engagement und Einsatz ansonsten oft unsichtbar bleiben.

„Die Tagespresse“ nimmt mit scharfzüngiger Satire populistische, rassistische, absurde und autoritäre Politik aufs Korn. Dabei riskiert das Satiremedium auch Klagen. Dass manche erfundenen Artikel schon für wahr gehalten wurden, zeigt Unglaublichkeiten unserer

Realität auf. Das Medium steht für genau den Mut, den es angesichts zunehmender autoritärer Angriffe auf journalistische Arbeit unbedingt braucht.

Die Preisreden für die mit 1.500 Euro dotierten Auszeichnungen hielten die Hochschulrektorin Barbara Herzog-Punzenberger und der Satiriker Florian Scheuba. Moderatorin der kraftvollen Zivilcourage-Veranstaltung war die Schauspielerin Stefanie Reinsperger.

DEMOKRATIE

Sensationeller Rekord bei Wiener Pass Egal Wahl!

Die Wiener Pass Egal Wahl, bei der auch Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft ihre Stimme abgeben konnten, hat mit einer sensationellen Rekordbeteiligung geendet. Fast 10.000 Menschen nahmen an der symbolischen Wahl teil. Das sind viermal so viele wie bei der vorangegangenen Wiener Pass Egal Wahl. Über 30 Schulen hielten in Kooperation mit SOS Mitmensch eigene Pass Egal Wahlen ab. Noch nie hat es in Wien eine so breite Beteiligung gegeben!

Insgesamt wurde dank zahlreicher Kooperationspartner:innen an über 40



Demokratiefest am Wiener Yppenplatz zum Abschluss der Wiener Pass Egal Wahl.

Standorten gewählt, darunter auch erstmals an einigen Würstelständen. Menschen mit Pässen aus 112 Ländern nutzten die symbolische Wahlgelegenheit, um ihre Stimme abzugeben, darun-

ter auch mehr als 5.000 österreichische Staatsbürger:innen, die ihre Solidarität mit den Menschen, die kein Wahlrecht haben, zum Ausdruck brachten.

Mit der „Pass Egal Wahl“ kämpft SOS Mitmensch für eine inklusive Demokratie, die alle hier langfristig lebenden Menschen miteinschließt. Dazu braucht es ein inklusiveres Wahlrecht und das Ende der derzeit stattfindenden Nicht-einbürgerungspolitik. Wir fordern Auswege aus der katastrophalen Sackgasse der fehlenden demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für immer mehr hier lebende Menschen.

STAATSBÜRGERSCHAFT

Screening von „Noch lange keine Lipizzaner“

Das Wiener Stadtkino und SOS Mitmensch brachten im Rahmen einer Preview den fantastischen Film „Noch lange keine Lipizzaner“ der Regisseurin Olga Kosanović auf die Leinwand – noch bevor er im September österreichweit in die Kinos kommt. Es war ein Filmabend, der eindrucksvoll zeigt, mit welchen extremen Hürden und Schikanen Menschen in Österreich konfrontiert sind, wenn sie die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben wollen.

„Wenn eine Katze in der Hofreitschule Junge wirft, sind das noch lange keine Lipizzaner.“ So kommentierte ein anonym User in einem Online-Forum einer großen Tageszeitung die Einbürgerungsversuche der in Österreich geborenen und aufgewachsenen Regisseurin. Zuvor hatte sie in einem Video von einer Beamtin erzählt, die ernsthaft



Diskussion über Staatsbürgerschaftserwerb nach dem Screening des Films.

ihre „Integrierbarkeit“ in Österreich anzweifelte.

Im Anschluss an den Filmabend fand eine Diskussion mit Olga Kosanović, der Comedian Schwester Ebra, dem Filmprotagonisten Nikola Bošković sowie SOS Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak statt. Es herrschte Einigkeit, dass es dringend einen fairen Zugang zur Staatsbürgerschaft braucht.

Aktuell ist Österreich Schlusslicht in Europa, was die Einbürgerungsmöglichkeiten betrifft. Selbst hier geborene Kinder haben aufgrund der gesetzlich festgelegten hohen Einkommenshürden oft keine Chance Staatsbürger:innen ihres Geburtslandes Österreich zu werden.

ASYL

Verletzung des Rechts auf Familienleben

Die Regierung hat massive Verschärfungen bei der Familienzusammenführung von Schutzberechtigten beschlossen. Expert:innen schätzen das Vorgehen als verfassungs- und EU-rechtswidrig ein. Die Regierung argumentiert mit einer angeblichen gesamtstaatlichen Notlage in Österreich. Doch der Stopp der Nachzugsmöglichkeit für engste Familienmitglieder ist unverhältnismäßig und menschenfeindlich. Und er beseitigt keine Notlage. Im Gegenteil: Er erzeugt sie für jene Kinder, die nun nicht mit beiden Elternteilen aufwachsen und keine Schule besuchen können.

Akteur:innen aus dem Menschenrechtsbereich, der Bildung sowie der Kirche haben gemeinsam gegen das Vorgehen der Regierung protestiert. Dieser Protest verschließt nicht die Augen vor den Problemen, die es gibt. Doch liegen diese etwa im Schulbereich primär im Management und in extremer Ungleichverteilung und sind nicht den legal zuwandernden Familienmitgliedern anzulasten.

Unser eindringlicher Appell an die Regierung: Es braucht menschliche und konstruktive Lösungen, anstatt Familien dauerhaft zu trennen.

Nazi-konnotierte Rhetorik im Parlament

Wer die Bedeutung des Wortes „Umvolkung“ nachrecherchiert, stößt sofort darauf, dass der Begriff eine klare Nazi-Konnotation hat. Dennoch weigerte sich Parlamentspräsident Walter Rosenkranz, einem FPÖ-Abgeordneten, der den Begriff im Parlament verwendete, einen Ordnungsruf zu erteilen. So werden die Grenzen des Sagbaren verschoben.

Gemeinderatswahl fast ohne Arbeiter:innen

SOS Mitmensch hat Zahlen der Statistik Austria veröffentlicht, laut denen zwei Drittel (!) der Wiener Arbeiter:innen aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht an der Gemeinderatswahl teilnehmen durften. Damit wird aus der Arbeiterschaft zunehmend eine Wahlzuschauerschaft gemacht. Immer mehr Menschen werden aus der Demokratie gedrängt.

10 Jahre große Fluchtbewegung

Die große Fluchtbewegung der Jahre 2014 bis 2016 ist bis heute Thema. Viele zehntausende Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung verlassen mussten, kamen nach Österreich. SOS Mitmensch lässt auf der Webseite www.hierangekommen.at Geflüchtete Einblicke in ihre Erfahrungen, Sorgen, Erfolge und Wünsche geben.



Geflüchtete erzählen über ihr Ankommen und Fußfassen in Österreich.



Erstes Lernen
Wörter

Ein erstes Bildwörterbuch für Kinder

In diesem Buch gibt es viel zu entdecken!
Auf den Fotos finden Kinder über 250 beliebte
Gegenstände, die sie betrachten, suchen und benennen
können. Das praktische Griff-Register lädt zum
Aussuchen der Themenseiten ein.

Begleitet Kinder ab 12 Monaten
beim Erlernen ihrer ersten Wörter.

Außerdem in dieser Reihe:
Erstes Lernen: Bauernhof
Erstes Lernen: Fahrzeuge
Erstes Lernen: Farben
Mein Tag
Tiere

der Kriech
die Ente
die Blume
der Ball
das Geschenk
die Katze

der Tiger

CE

Printed in China by ...

7 961 4 10 8 20 6 10

ISBN 9 78 7 961 4 10 8 20 6 10

SPRACHLOS IM KLASSENZIMMER

Migration prägt Österreichs Schulklassen. Doch das Bildungssystem kommt nicht mit. Fehlende Ressourcen, isolierte Sprachförderung und ein zu spätes Umdenken nehmen vielen Kindern ihre Chancen. Was müsste sich ändern?

Text: Naz Küçüktekin
Fotos: Christopher Mavrič

In Städten wie Wien hat heute die Mehrheit der Kinder eine andere Erstsprache als Deutsch. Doch die Strukturen entspringen oft noch einer Zeit, in der Vielfalt die Ausnahme war. Schulen kämpfen mit fehlenden Ressourcen, überfüllten Klassen und Konzepten, die der Realität nicht gerecht werden.

Wie groß die Herausforderung ist, zeigt der Dokumentarfilm *Favoriten* (2024) der Regisseurin Ruth Beckermann: Lehrerin Ilkay Idiskut übernimmt darin an Wiens größter Volksschule im zehnten Bezirk eine Klasse, in der kein einziges Kind Deutsch als Erstsprache spricht. Für Idiskut ist das nicht nur beruflicher Alltag, sondern auch Teil ihrer persönlichen Geschichte. Aufgewachsen in einer türkischsprachigen Familie in Österreich weiß sie, wie entscheidend Sprache für

Bildungserfolg und Zugehörigkeit ist. Und sie weiß: Ein Bildungssystem, das Mehrsprachigkeit ignoriert, verspielt seine größten Chancen. „Wenn ein Kind seine Erstsprache nicht gut beherrscht, wird es schwer, eine zweite Sprache wie Deutsch richtig zu lernen“, sagt sie.

Überlastete Schulen, veraltete Strukturen

Besonders in Städten wie Wien prägt Migration den Schulalltag. Laut Statistiken haben mehr als 60 Prozent der Kinder in Wiens Pflichtschulen eine andere Erstsprache als Deutsch. Doch die Schulen sind darauf unzureichend vorbereitet. „Es fehlt überall an Ressourcen“, sagt Idiskut. Große Klassen, fehlende spezialisierte Lehrkräfte, zu wenig individuelle Förderung – die Liste der Probleme ist lang. Besonders die Ein-

führung der Deutschförderklassen, politisch als Unterstützung gedacht, habe sich in der Praxis oft als kontraproduktiv erwiesen. „Man hat Kinder isoliert, die eigentlich im gemeinsamen Lernen voneinander profitieren hätten sollen“, kritisiert sie. Statt durch gemeinsame Erfahrungen Sprachbarrieren zu überwinden, wurden die Kinder aus dem sozialen Miteinander herausgelöst. Zusätzlich fehlte es an Lehrkräften, die für diese anspruchsvolle Aufgabe ausreichend qualifiziert waren. Auch Bildungsexpertin Christiane Spiel von der Universität Wien kritisiert die strukturelle Überforderung. Zwar sei das Thema Diversität mittlerweile Teil der Lehrkräfteausbildung, doch im Alltag stoße deren Umsetzung oft an Grenzen. „Während die Schülerinnen und Schüler immer heterogener



Während in Schulen gerne auf Englisch oder Französisch parliert wird, bleiben die Erstsprachen vieler Kinder wie Türkisch, Arabisch oder Bosnisch/Kroatisch/Serbisch im Schulsystem außen vor.

werden, bleibt der Lehrkörper noch weitgehend homogen“, sagt sie. Hinzu kommt: In den Städten sind die Klassen meist größer als erlaubt. Während am Land Mittelschulklassen mit zwölf Kindern bestehen, sitzen in städtischen Schulen oft mehr als der Richtwert von 25 Kindern es vorgibt – viele davon mit zusätzlichem Sprach- oder Förderbedarf. Je mehr Risikofaktoren in einer Klasse zusammenkommen, desto schwieriger wird es für jedes einzelne Kind, die Lernziele zu erreichen.

Mehrsprachigkeit – eine unterschätzte Stärke

Dabei bringen die Kinder viel mit, das bislang kaum genutzt wird. Ilkay Idiskut betont, wie wertvoll die Mehrsprachigkeit ihrer Schüler:innen wäre – wenn man sie anerkennen würde. Zwar gibt es erstsprachlichen Unterricht, aber oft nicht in den Sprachen, die die Mehrheit der Kinder tatsächlich spricht: türkisch, arabisch, bosnisch/kroatisch/serbisch. Besonders auffällig wird das im Vergleich zur schnellen Unterstützung ukrainischer Kinder im Jahr 2022. „Als die Kinder aus der Ukraine ka-

men, wurde sofort muttersprachliche Unterstützung organisiert“, erzählt Idiskut. Ukrainischsprachige Lehrkräfte kamen schnell zum Einsatz. Bei arabisch- oder türkischsprachigen Kindern blieb ein vergleichbarer Einsatz aus. „Das war eine große Enttäuschung für mich“, sagt die Lehrerin. „Es hat gezeigt: Wenn man will, geht es schnell.“

Dass Kinder mit nicht-deutscher Erstsprache im österreichischen Bildungs-

„ALS DIE KINDER AUS DER UKRAINE KAMEN, WURDE SOFORT UNTERSTÜTZUNG ORGANISIERT.“

system systematisch benachteiligt werden, zeigt auch der Bericht der Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen aus dem Jahr 2022: Die häufigsten Diskriminierungsgründe an Schulen sind rassistische Zuschreibungen – etwa, weil Kinder nicht perfekt Deutsch sprechen oder als „nicht-österreichisch“ wahrgenommen werden. Die Folgen reichen von abwertenden Kommentaren bis hin zu systematischer Benotungsbenachteiligung oder Herabstufung.

Für Ilkay Idiskut ist klar: Die Sprachen der Kinder sollten im Unterricht sichtbar sein – durch kleine Übersetzungen, mehrsprachige Begrüßungen, bewusste Sprachvergleiche. Das stärke nicht nur die Sprachentwicklung, sondern auch ihr Selbstwertgefühl. Auch Christiane Spiel betont, wie wichtig es ist, die Erstsprache gezielt zu fördern. Sprachwissenschaftliche Erkenntnisse zeigen klar: Kinder, die in ihrer Erstsprache stark sind, lernen auch eine Zweitsprache wie Deutsch nachhaltiger und mit mehr Leichtigkeit.

Defizite schon vor Schuleintritt

Ein zentrales Problem erkennt Ilkay Idiskut bereits vor dem Schuleintritt. Viele Kinder kommen in die Volksschule, ohne grundlegende Fertigkeiten entwickelt zu haben: Sie können keine Schere halten, haben nie gelernt, sich in einer Gruppe zurechtzufinden und soziale Regeln zu befolgen.

„Es geht nicht nur um Sprache“, sagt sie, „Kinder sollten auch grundlegende soziale und motorische Fähigkeiten mitbringen.“ Deshalb plädiert Idiskut klar für verpflichtende Kindergartenjahre ab dem dritten Lebensjahr – für alle Kinder, unabhängig von Herkunft und sozialem Umfeld.

Auch Bildungspsychologin Christiane Spiel sieht den Elementarbereich als entscheidend. Sie fordert, die Übergänge zwischen Kindergarten und Volksschule stärker zu gestalten – etwa durch gemeinsame Aktivitäten, abgestimmte Lehrpläne sowie frühzeitige Sprachfördermaßnahmen. „Der Bruch zwischen Kindergarten und Schule ist oft zu groß“, sagt sie. „Das verstärkt Unsicherheit und Überforderung – nicht nur bei den Kindern, sondern auch bei den Lehrkräften.“

Auswege aus der Ungleichheit

Wenn Kinder in die Schule kommen, dürfen sie nicht länger Leidtragende



Die Sprachenvielfalt der Schüler:innen sollte im Unterricht sichtbar sein, sagt Volksschullehrerin Ilkay İldis. Kleine Übersetzungen, mehrsprachige Begrüßungen und bewusste Sprachvergleiche stärken die Sprachentwicklung sowie das Selbstwertgefühl.

institutioneller Defizite sein. Christiane Spiel setzt große Hoffnungen auf den von der aktuellen Bundesregierung geplanten „Chancenindex“. Dieses Instrument soll Schulen mit höherem Anteil an sozial benachteiligten und mehrsprachigen Kindern zusätzliche Mittel verschaffen – etwa für mehr Personal, kleinere Gruppen sowie gezielte Unterstützung durch Psycholog:innen und Sozialarbeiter:innen.

Ein weiterer wichtiger Schritt wäre der bundesweite Ausbau von Ganztags-schulen. Gerade für Kinder, die zu Hause kaum Unterstützung beim Lernen erhalten, bietet der Ganztag bessere Chancen, sowohl sprachlich als auch fachlich aufzuholen. Denn: Bildung wird in Österreich weiterhin stark durch Herkunft

bestimmt. Kinder, deren Eltern höhere Bildungsabschlüsse erreicht haben, erreichen selbst häufiger einen höheren Abschluss.

Doch sowohl Idiskut als auch Spiel betonen: All diese Maßnahmen kosten Geld – und erfordern politischen Willen. Denn Bildung ist eine langfristige Investition. Ihre Erträge zeigen sich nicht innerhalb einer Legislaturperiode, sondern über Generationen hinweg.

Eine Schule für alle Kinder

Ein Punkt liegt Ilkay Idiskut besonders am Herzen: die frühe Aufteilung der Kinder nach der vierten Klasse. „Mit zehn Jahren eine Entscheidung treffen zu müssen – das ist viel zu früh“, sagt sie. Die Einführung einer gemein-

samen Schule, in der Kinder länger gemeinsam lernen, könnte helfen, soziale Hürden abzubauen. Gerade Kinder, die am Anfang mehr Unterstützung brauchen, könnten davon profitieren – ohne früh kategorisiert oder stigmatisiert zu werden. Es gehe nicht um Gleichmacherei, sondern darum, Bildungschancen offenzuhalten. Darum, Talenten Raum und Zeit zur Entfaltung zu geben. „Man muss die Kinder wirklich sehen“, sagt Idiskut. „Nicht nur ihre Defizite.“

Naz Küçüktekin war bei der Wiener Bezirkszeitung, dem biber Magazin, bei Profil und zuletzt beim Kurier tätig, wo sie sich im Ressort „Mehr Platz“ vor allem mit migrantischen Lebensrealitäten beschäftigte. Das tut sie nun weiterhin als freie Journalistin.

GEBT UNS EINE PERSPEKTIVE!



Der Kindergarten ist der erste Schritt ins Bildungssystem. Hier sollen Kinder ein sicheres Fundament bekommen, um auf sozialer, mentaler und intellektueller Ebene wachsen zu können. Doch wie steht es um Österreichs Kindergärten?

Text: Sonja Kittel



sie in Karenz ging, auch die Leitungsfunktion inne. Maria möchte anonym bleiben, weil die Verantwortlichen von Land und Gemeinde es nicht so gerne sehen, wenn Kindergartenpersonal unautorisiert mit den Medien spricht. „Es gibt nur noch wenige Menschen, die für diese Arbeit brennen. Das liegt vor allem an den Rahmenbedingungen“, sagt Maria. Es stehe nicht mehr die Bildung der Kinder im Mittelpunkt, sondern nur noch deren Aufbewahrung. „Wenn man zu zweit oder zu dritt in einer Gruppe mit 25 Kindern ist, kann man nicht bedürfnisorientiert arbeiten. Das ginge vielleicht, wenn vier Kinder auf eine Fachkraft kommen. Jetzt geht es nur um die Förderung der gesamten Gruppe und das einzelne Kind geht unter“, sagt die Pädagogin.

„ES STEHT NICHT MEHR DIE BILDUNG DER KINDER IM MITTELPUNKT, SONDERN DEREN AUFBEWAHRUNG“

Eine gewisse Aufbruchsstimmung spürt derzeit hingegen Eva Kickingeder. Die Elementarpädagogin ist Teil des Vorstands von NEBÖ (Netzwerk Elementare Bildung Österreich), das neben der Bewusstseinsarbeit und dem Austausch mit der Politik auch eine Ansprechstation für alle Menschen im Berufsfeld bieten will. Die Aufbruchsstimmung hänge mit der neuen Regierung und ihrem Programm zusammen. Dort liest man auf Seite 183 von einer „Qualitäts- und Ausbauoffensive“, einer „Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels“, der „Senkung der Gruppengröße“ und einem zusätzlichen Ressourcenpaket ab 2026. Und auch, dass die Schwester des Bildungsministers Wiederkehr selbst

Beginnen wir mit den harten Fakten. 236.781 Kinder trafen im Jahr 2023/24 auf 41.557 Betreuungspersonen, davon 18.160 fertig ausgebildete Elementarpädagog:innen. Laut „Kindertagesheimstatistik“, die die Statistik Austria im Auftrag des Bundeskanzleramts erhoben hat, sind es 3.400 öffentliche und 1.266 private Kindergär-

ten, in denen dieses Aufeinandertreffen stattfand. Zu große Gruppen, schlechte Finanzierung und zu wenig Personal sind die Ergebnisse, die man in der Praxis am öftesten zu hören bekommt. Eine, die es wissen muss, ist Maria*. Sie arbeitete viele Jahre als gruppenleitende Pädagogin in einem Kindergarten in Niederösterreich und hatte, bevor

Elementarpädagogin ist, lässt hoffen. Doch Kickingeder, die an der Pädagogischen Hochschule Wien (PH Wien) und an einer BAFEP (Bildungsanstalt für Elementarpädagogik) lehrt, weiß, dass Papier geduldig ist. Man frage sich schon auch, wie das alles funktionieren soll. „Österreichs Elementarbildung hat österreichweit eine massive Personalproblematik. Es fehlt hinten und vorne an Geld und an einer Perspektive“, sagt die NEBÖ-Vorständin. Dass die Vorhaben der Regierung unter Finanzierungsvorbehalt stehen, macht die Zweifel nicht kleiner.

Wo sind die Elementarpädagog:innen?

In Österreich ist die Ausbildung von Elementarpädagog:innen einer der wenigen Bereiche in diesem Berufsfeld, für den der Bund und nicht die Länder zuständig sind. Den größten Teil bilden hierzulande die BAFEPs aus. Jugendliche ab 14 können innerhalb von fünf Jahren Ausbildung das Diplom mit Berufsberechtigung und Matura erreichen. Daneben gibt es noch ein zweijähriges Kolleg für Personen mit Matura, Berufsreifeprüfung oder Studienberechtigungsprüfung und drei Hochschulelehrgänge für Quereinsteiger:innen. An der Universität Graz wird ein „Masterstudium“ angeboten und der Lehrgang „Elementar Plus“, mit dem sich Assistenzkräfte, die im Berufsfeld arbeiten, zur Elementarpädagog:in ausbilden lassen können. Bisher gehört Österreich, gemeinsam mit Malta, zu den letzten zwei Ländern, die noch kein grundständiges Studium für Elementarpädagogik haben. Doch ab dem Wintersemester 2025/26 wird auch diese Lücke mit zwei Bachelorstudien am FH Campus Wien geschlossen.

Die Ausbildungsmöglichkeiten sind groß und vielfältig, doch das Problem fängt erst danach an. „Wir wissen, dass nur ein kleiner Anteil der BAFEP-Absolvent:innen nach Ab-



Natascha Taslimi: „Die Drop-Out-Quote in den ersten Jahren ist sehr hoch.“

schluss der fünfjährigen Ausbildung unmittelbar in den Beruf einsteigt und auch die Drop-Out-Quote in den ersten Jahren nach Berufseinstieg ist sehr hoch“, sagt Natascha Taslimi. Sie ist die Gesamtkoordinatorin für alle Studiengänge im Bereich Elementarpädagogik an der PH Wien und Vorsitzende von NEBÖ. Taslimi begrüßt die weitere Akademisierung des Berufs, nicht nur um

„DIE ELEMENTARBILDUNG HAT EINE MASSIVE PERSONALPROBLEMATIK“, SO EVA KICKINGEREDER.

EU-weit anschlussfähig zu bleiben, sondern auch, um damit gesellschaftliche Veränderungen abbilden zu können. „Es geht sich mit dieser Grundausbildung an den BAFEPs einfach nicht mehr aus, auf alle Herausforderungen vorbereitet zu sein, die unsere Gesellschaft bietet“, sagt sie.

Taslimi stellt auch in Frage, ob die fünfjährige Ausbildung tatsächlich zur Berufsberechtigung führen und nicht nur die Basis für die Arbeit als Assistenzkraft sein sollte. „Viele BAFEP-Absolvent:innen fühlen sich überfor-

dert mit der Entwicklungsbegleitung der Kinder, der Betreuung der Eltern, der Organisation des Tagesablaufs und der Anforderung, jedem Kind gerecht zu werden. Vor allem unter den derzeit vorherrschenden Bedingungen“, sagt Taslimi, die viele Jahre selbst an einer BAFEP unterrichtet hat. Ältere Personen, mit Bachelorabschluss, ständen in ihrer persönlichen Reife schon woanders. Dies wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass Personen, die im Rahmen der Erwachsenenbildung das Kolleg abschließen, eine viel niedrigere Drop-Out-Rate haben.

Überforderung und fehlende Wertschätzung

Die Sache mit der Überforderung bestätigt auch eine Studie der Universität Klagenfurt im Auftrag des Bildungsministeriums, die sich unter anderem mit den Ausstiegsgründen von Elementarpädagog:innen aus dem Berufsfeld beschäftigt hat. Viele Schüler:innen würden die Rahmenbedingungen während der Praktikumsphasen als abschreckend empfinden. Die Anstrengung, die mit der Arbeit verbunden sei, wäre im Vorhinein durchwegs unterschätzt worden. Ein Onboarding-System, die Begleitung im ersten Dienstjahr durch eine erfahrene Kollegin oder einen erfahrenen Kollegen, könnte eine sinnvolle Möglichkeit sein, um Neueinsteiger:innen im Beruf zu halten. Auch flexible Arbeitszeitmodelle wären ein großer Anreiz. So gäbe es die Möglichkeit, sich nebenbei weiter auszubilden oder auch Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bekommen. Laut der Studie der Uni Klagenfurt, bei der auch Absolvent:innen befragt wurden, sei vor allem auch die fehlende Wertschätzung der Grund, wieder aus dem Beruf auszusteigen. Die Annahme, dass im Kindergarten keine Professionalität erforderlich wäre, frustrierte viele der Befragten.



Die Stigmatisierung von Männern als Elementarpädagogen sei schmerzlich, meinen Roland Fabsits, Elementar- u. Hortpädagoge, und Peter Steingruber, Leiter eines heilpädagogischen Kindergartens.

Auch NEBÖ-Mitbegründerin Eva Kickingeder kritisiert das: „Wir haben immer noch das Image der Basteltanten, die ein bisschen Kaffee trinken, singen und den Kindern beim Spielen zuschauen. Der Fokus auf frühe Bildung und was das für die Bildungsbiografie eines Kindes bedeutet, ist leider immer noch nicht in der Gesellschaft angekommen“.

Männer in der Elementarpädagogik

Schaut man sich das Personalproblem an, zeigt sich auch, dass der Anteil von Männern, die in der Kindergartenbetreuung arbeiten, immer noch sehr klein ist. Auf 40.652 Frauen kamen im Kindergartenjahr 2023/24 gerade einmal 905 Männer. „Es ist nicht gelungen dieses tradierte Rollenbild von ‚Frauen machen die Care-Arbeit‘ zu durchbrechen“, sagt Peter Steingruber, Leiter des heilpädagogischen Kindergartens Steingruber in Graz. Sein Vater hatte in den 70er Jahren schon die Republik Österreich erfolgreich verklagt, weil Männern der Zugang zur Ausbildung als Kindergartenpädagoge verwehrt worden war. Jahre später war sein Sohn der erste männliche Elementarpädagoge im Magistrat Graz. „Männer würden oft unter

Generalverdacht stehen, wenn sie in einem Kindergarten arbeiten wollen“, sagt Steingruber. Immer wieder komme die Frage, was für einen anderen Grund ein Mann haben könnte in einem Kindergarten zu arbeiten, als seiner pädophilen Neigung nachzugehen.

„Für mich ist diese Stigmatisierung ein großer Schmerz“, sagt auch Roland Fabsits. Er arbeitet als Elementar- und

**IM JAHR 2023/24 KAMEN
AUF 40.652 FRAUEN NUR
905 MÄNNER IN ÖSTER-
REICH'S KINDERGÄRTEN.**

Hortpädagoge in Graz und gründete vor zwei Jahren die Initiative „Männer in der Elementarpädagogik (MidE)“, der auch Peter Steingruber angehört und die in der Steiermark regelmäßig Stammtische für Interessierte abhält. „Wir von MidE wünschen uns, dass es irgendwann nichts Besonderes mehr ist, als Mann im Kindergarten zu arbeiten“, so Fabsits. Um das Bewusstsein zu ändern, wünscht er sich eine Imagekampagne, die nicht nur junge Frauen im Blaumann und mit einem Schraubenschlüssel in der Hand zeigt, sondern

auch junge Männer, die im Kindergarten gemeinsam mit einer Gruppe Kinder am Boden sitzen.

Bis dahin plädiert Steingruber dafür, junge Kollegen von Anfang an auf die Stigmatisierung aufmerksam zu machen. „Es gibt Kollegen, die völlig blauäugig in den Beruf kommen und sich irgendwann wundern, warum sie die Kinder nie in irgendeiner Form vollumfänglich versorgen können“, erzählt er. Wenn ihnen dann der Grund bewusst wird, sei es ein herber Rückschlag für sie. Transparenz beim Umgang mit den Kindern, zum Beispiel eine offene WC-Tür beim Wickeln, sei für ihn Priorität. Das würde er generell allen Kolleg:innen raten, denn das Thema sexueller Übergriffe von Frauen auf Kinder sei zwar absolut tabuisiert, aber trotzdem vorhanden, sagt Steingruber, der auch als Psychotherapeut im Kinder- und Jugendbereich tätig ist und in diesem Bereich auch einen Masterlehrgang absolviert hat.

Von den Kindern lernen

Die Situation in Österreichs Kindergärten ist vorsichtig gesagt schwierig. Es fehlt an Wertschätzung, ausreichend Personal, Ressourcen und Flexibilität. Warum es trotzdem erfüllend sein kann im Kindergarten zu arbeiten? Maria schätzt an dem Beruf, dass man den Kindern so viel mitgeben kann. Es gehe darum, einen Stück ihres Weges mitzugestalten und etwas in der Gesellschaft zu bewegen. „Für mich ist das Positivste an dem Job, dass du eine ganz wichtige Bezugsperson für die Kinder und oft auch für die Familie bist. Es passiert einfach so viel in der Entwicklung und man darf das begleiten“, erklärt Eva Kickingeder ihre Berufswahl. „Man lernt auch von den Kindern und oft denke ich mir, so resilient wie sie wäre ich manchmal auch gerne.“

**Name von der Redaktion geändert*



Željana Jurić und Anja Szumny gründeten „buntaž“, ein Netzwerk für Chancengleichheit. Buntaž steht für bunt von a bis ž. Das Anliegen des Vereins: Weder Gehaltszettel, Bildungsgrad noch Herkunft der Eltern sollen die Potenzialentfaltung der Kinder bestimmen.

WER FÄNGT JENE AUF, DIE DAS SYSTEM VERGISST?

Der Aufstieg durch Bildung bleibt für viele Jugendliche ein unerfüllter Traum, denn: ihre soziale Herkunft entscheidet stärker über den schulischen Erfolg als ihre Leistung. Initiativen wie buntaž versuchen, jenen zu helfen, die sonst außen vor bleiben.

Text: Emilija Ilić

Sagal H. musste als Fünfjährige mit ihrer Familie aus dem Jemen nach Österreich flüchten. Heute ist sie fünfzehn, besucht eine Fachmittelschule in Wien und will in den Sozialbereich. Sagals Bildungsweg war alles andere als einfach. „Ich konnte kein Deutsch, kannte das Alphabet nicht. In der Steiermark waren mein Bruder und ich die einzigen Schwarzen an der Schule. In meiner Klasse hatte ich keine Freund:innen – und wurde gemobbt“, erzählt sie. Die Lehrer:innen schauten weg, Unterstützung gab es kaum. Erst durch einen Schulwechsel nach Wien und eine engagierte Deutschlehrerin konnte sie Vertrauen aufbauen und Anschluss finden.

Ähnlich wie Sagal ergeht es auch vielen anderen Jugendlichen in Österreich. Gerade junge Menschen mit Flucht- und Migrationgeschichte oder aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten erleben hautnah, wie schwer es ist, sich gegen strukturelle Ungleichheit durchzusetzen. Sie starten oft mit schlechteren Ausgangsbedingungen. Denn in kaum einem anderen OECD-Land hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Österreich.



Mithilfe von Role Models, Mentoring und Workshops an Schulen und verschiedenen Bildungseinrichtungen werden die Jugendlichen vom Verein buntaž unterstützt. Denn in Österreich wird Bildung in vielen Fällen immer noch vererbt. Nicht alle haben die gleichen Startbedingungen.

Bildung wird hierzulande nicht immer erarbeitet, sondern oft vererbt. Laut Statistik Austria schaffen es rund 61 Prozent der Kinder von Akademiker:innen selbst bis zur Hochschule – bei Kindern von Eltern mit Pflichtschulabschluss sind es gerade einmal neun Prozent. Früh getroffene Entscheidungen – etwa nach der vierten Schulstufe – stellen entscheidende Weichen: Neun von zehn AHS-Schüler:innen steigen später in eine Schule mit Matura-Abschluss ein. In der Mittelschule gelingt das nur vier von zehn.

„Es ist absurd, dass Kinder sich so früh entscheiden müssen, ob sie in die Mittelschule oder das Gymnasium gehen – obwohl sie oft gar nicht die Unterstützung bekommen, um diese Entscheidung überhaupt treffen zu können“, kritisiert Sagal. Ihrer Familie war das österreichische Schulsystem nicht bekannt.

Sagal lernte durch Social Media und Fernsehen eigenständig Deutsch, passete sich an, um dazuzugehören. Rückblickend habe sie die Situation stärker, selbstständiger gemacht, trotzdem hätte es so nicht kommen müssen.

Zivilgesellschaft macht Hoffnung

Dass es anders geht, beweist „buntaž“, ein Netzwerk für Chancengleichheit. Der Verein gibt Workshops an Wiener Schulen und vermittelt ehrenamtliche Mentor:innen, die Jugendlichen individuell unter die Arme greifen. „Die eigene soziale Herkunft darf nicht länger über die Chancen entscheiden, die junge Leute im Leben bekommen. Weder der Gehaltszettel, das Bildungsniveau

NUR 9 % DER KINDER VON ELTERN MIT PFLICHTSCHULABSCHLUSS GEHEN AN DIE HOCHSCHULE.

noch der Status der Eltern sollen über die Potentialentfaltung der Kinder entscheiden“, sagt Gründerin Željana Jurić. Doch das geschieht hierzulande größtenteils immer noch. Jugendliche aus einkommensschwachen Familien schneiden laut PISA 2022 im Schnitt vier bis fünf Schuljahre Lernunterschied schlechter ab als Gleichaltrige aus privilegierten Haushalten. Schüler:innen mit Migrationshintergrund sind ebenfalls auf Unterstützung angewiesen: Im Durchschnitt erzielen

sie geringere Bildungsergebnisse.

Diese Ungleichheit setzt sich nach der Schule fort: Die Studierenden-Sozialerhebung zeigt, dass migrantische Studierende ein um 42 Prozent höheres Risiko haben, das Studium abzubrechen, als ihre autochthonen Kolleg:innen. Menschen mit Pflichtschulabschluss verdienen laut Statistik Austria ein Drittel weniger als Akademiker:innen und sind fast dreimal so häufig armutsgefährdet.

Ein möglicher Ausgleich wäre frühkindliche Bildung – doch auch hier hinkt Österreich hinterher. Während Länder wie Norwegen oder Schweden bis zu zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in die Kleinkindbetreuung investieren, liegt Österreich laut Statistik Austria bei gerade einmal 0,7 Prozent. Das Ergebnis: Eine niedrige Bildungsmobilität und ein früh selektierendes Schulsystem, das Chancen nicht verteilt, sondern sortiert – meist entlang der Herkunft.

„Hätte Unterstützung früher gebraucht“

Für Sagal war das Mentoring mit buntaž eine wichtige Erfahrung: „Meine Mentorin hat mich sehr unterstützt.



Die Unterstützung ihrer Mentorin hat Sagal viel gebracht. „Ich hätte das schon früher gebraucht“, sagt die 15-Jährige.

Sie hat mir geholfen, Bewerbungen zu schreiben und bald fange ich sogar eine HLW an. Ich hätte buntaž schon früher dringend gebraucht.“ Mit Mentorin und buntaž-Gründerin Željana Jurić traf sie sich regelmäßig und bekam Unterstützung in Form von Coaching. Das veränderte Sagals Perspektive grundlegend. „Ich bin davor nicht auf Leute zugegangen, um nach Hilfe zu fragen. Ich konnte das nicht. Ich habe erst gelernt, Hilfe zu suchen und sie anzunehmen. Ich habe verstanden, dass man nicht immer alles selber machen muss“, erzählt sie. Während ihre Freundinnen ihren Hobbies nachgehen, trägt sie viel Verantwortung für ihre Familie. Der Rückhalt ihrer Familie bleibt eine wichtige Motivation für sie. Sie möchte ihre Eltern stolz machen: „Während unserer Flucht hätten wir sterben können. Es gab Menschen, die genau das erreichen wollten, was ich heute habe. Stattdessen gibt es Kinder und Eltern, die das nicht geschafft haben und auf der Flucht gestorben sind“. Neben ihren Eltern ist auch das ein Antrieb für sie.

Eine zweite Chance

Auch der 16-jährige Nika N. nimmt



Seit dem Mentoring hat Nika mehr Einladungen zu Bewerbungsgesprächen bekommen. Er hofft auf eine baldige Lehrstelle als KFZ-Mechaniker.

seit kurzem am Mentoringprogramm teil. Seine Eltern stammen aus Georgien. Seit seinem sechsten Lebensjahr ist er in Wien. „In der Mittelschule habe ich nie mitgearbeitet, ich habe mich eher auf den Sport – Mixed Martial Arts – fokussiert“, erzählt er offen. Sein Traum

INITIATIVEN WIE BUNTAŽ, SINDBAD ODER DAS START-STIPENDIUM BIETEN UNTERSTÜTZUNG.

ist es, professioneller Kampfsportler zu werden, noch steht er am Anfang seiner Karriere. „Trotz Förderungen und Unterstützung durch meine Familie habe ich die Schule nicht ernstgenommen. Jetzt bereue ich es, dass ich nie aufgepasst habe“, erzählt Nika heute. Trotzdem schloss er die Mittelschule und danach die Polytechnische Schule ab. Seine Eltern motivierten ihn immer wieder. „Irgendwann habe ich mich mehr auf die Schule konzentriert und bessere Noten geschrieben. Ich bin ja nicht dumm, ich hatte einfach nur keine Lust.“ Ursprünglich wollte Nika Bürokaufmann werden, inzwischen strebt er eine handwerkliche Ausbildung als

KFZ-Mechaniker an und ist auf der Suche nach einer Lehrstelle. Bei der Lehrstellensuche habe er sich von der Schule im Stich gelassen gefühlt. „Man hat einfach gespürt, dass es den Lehrer:innen egal war“, sagt Nika.

Über seinen Bekanntenkreis kam er zu buntaž. Mit seiner Mentorin arbeitet er nun an seinem Lebenslauf, den Bewerbungsschreiben und trainiert, wie er sich in Gesprächen gut präsentieren kann. Seitdem habe er auch mehr Einladungen zu Bewerbungsgesprächen bekommen. Das Mentoring gibt ihm neues Selbstvertrauen.

Die Zeit der Arbeitssuche nutzt er auch fürs Training und verbessert sich stetig weiter: „Kampfsport bleibt zwar mein Traum, aber es ist unsicher. Ich könnte mich jederzeit verletzen und dann nie wieder kämpfen.“ Von der Schule wünsche er sich mehr Einsatz. „Man müsste herausfinden, warum Schüler keinen Bock haben, statt nur Druck zu machen“, stellt Nika fest.

Niemanden zurücklassen

Sagal und Nika sind Beispiele dafür, was Jugendliche schaffen können – wenn ihnen jemand zuhört, wenn sie gesehen und ernst genommen werden. Dass die richtige Unterstützung wirkt, zeigen Mentoring-Initiativen wie buntaž, Sindbad oder das START-Stipendium in Österreich.

Doch sie sollten ergänzen und nicht das Versagen des Bildungssystems oder des Staates kompensieren. Bildung ist ein Recht – und damit dieses Recht für alle gilt, braucht es nicht nur das Engagement einzelner Initiativen, sondern mutige Reformen. Und eine Gesellschaft, die nicht wegschaut, wenn junge Menschen vom System vergessen werden.

Emilija Ilić ist freie Journalistin, Moderatorin und Social-Media-Managerin. In ihrer selbstständigen Arbeit betreut sie auch die Social-Media-Kanäle von buntaž.

DIE BILDUNGS-PARTNER:INNEN

Welche Verantwortung tragen Eltern in der Bildungsbiografie ihrer Kinder? Während manche in der Politik nach strengerer Mitwirkungspflicht rufen, setzen Angebote wie Elterncafés auf mehr Unterstützung und Kooperation.

Text: Magdalena Pichler



Eine engere Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schulen wird von mehreren Seiten gefordert.

Eine Volksschule im Wiener Bezirk Ottakring am späteren Nachmittag. Die Volksschüler:innen sind schon weg. Nun steht ein Angebot für Eltern am Plan: das Elterncafé von SESAM, einem Projekt

der Diakonie Bildung. SESAM steht für „Schule, Eltern und Sozialraum arbeiten Miteinander“. Dabei gehen die Mitarbeiter:innen in Wiener Kindergärten und Volksschulen und arbeiten mit den Eltern. Vor allem mit jenen, die

Kinder haben, die am Übergang von Kindergarten zur Volksschule stehen. An diesem sonnigen Spätnachmittag wartet Sophia Danter in der gemütlichen Schulbibliothek gemeinsam mit einer Arabisch-Dolmetscherin auf die



Emotionale Unterstützung, Hilfe bei der Hausübung, Vorbildfunktion: Es gibt verschiedene Wege wie Eltern ihre Kinder in der Bildung unterstützen können, sagt Veronika Wöhrer, Professorin für Bildungswissenschaft an der Universität Wien.

Eltern. Ein Dolmetschangebot kann bei der Anmeldung angefragt werden. Kinderbücher warten in verschiedenen Sprachen in der kleinen Bibliothek auf ihre Leser:innen. Darunter bekannte Klassiker wie „Das kleine Ich-bin-ich“. „Die Einladungen zu den Elterncafés erfolgen immer über die Schulen“, erklärt Heike Summerer, Projektleiterin von SESAM. Es sei also wichtig, dass die Schulen hinter der Elternarbeit stehen und auch die Zusammenarbeit suchen. Heute sind drei Teilnehmer:innen zum SESAM-Café in die Ottakringer Volksschule gekommen, das dort zweimal pro Semester angeboten wird. Eine Mutter hat ihre vier Kinder mitgebracht. Die Eltern und die Dolmetscherin sitzen an Schultischen im Kreis, Sophia Dantzer steht vorne. Nach organisatorischen Angelegenheiten bittet sie die Eltern zu überlegen, welches Vorbild sie als Kind hatten. Hier leuchten das erste Mal die

Augen auf, die meisten erinnern sich an die eigenen Eltern als ihre Vorbilder. Das ist ein wichtiger Punkt, den Sophia Dantzer den Eltern in dieser Stunde nahebringen will: Sie sind Vorbilder und die Kinder spiegeln oft ihre Verhaltensweisen.

Eltern als Bildungspartner:innen

Nicht immer seien sich Eltern ihrer Vorbildrolle bewusst, meint auch Veronika Wöhrer, Professorin am Institut für Bildungswissenschaft an der Universität Wien. Sie gibt jedoch ebenso zu bedenken, dass die Lehrpersonen sehr wichtig in ihrer Vorbildfunktion seien: „Vor allem bei Kindern oder Jugendlichen, deren Eltern wenig über das Bildungssystem Bescheid wissen, helfen wirklich oft einzelne Lehrpersonen.“ Gespräche mit den Kindern und Jugendlichen könnten da sehr helfen, das seien aber oft Glücksfälle und im österreichischen Schulsystem wenig systematisch.

Veronika Wöhrer betont, es gebe verschiedene Wege für Eltern, ihre Kinder in der Bildung zu unterstützen. Indirekt durch ihre Vorbildfunktion. Direkt durch emotionale Unterstützung, Hilfe beim Erledigen der Hausaufgaben oder Entscheidungshilfen an den Übergängen zwischen Bildungsinstitutionen. „Je nachdem wie hoch der eigene Bildungsgrad und wie gut die eigenen Kenntnisse über das österreichische Bildungssystem sind, desto intensiver kann die Unterstützung sein“, sagt Wöhrer. Auch SESAM-Leiterin Heike Summerer, hebt die Rolle der Eltern für die Bildung der Kinder hervor: „Vor allem in den Bereichen Kindergarten und Volksschule ist es für die Kinder zentral, wie sie zu Hause von den Eltern unterstützt werden.“ SESAM setze vor allem bei Eltern an, die nicht von Haus aus die Möglichkeit haben, Kinder im Bildungserwerb zu unterstützen.

Mitwirkung durch Sanktionen?

Vor kurzem sprach sich Bildungsminister Christoph Wiederkehr von den NEOS wieder dafür aus, dass Eltern im Schulbereich eine strengere Mitwirkungspflicht haben sollten. Von dieser ist auch im Regierungsprogramm von ÖVP, SPÖ und NEOS zu lesen.

Bei fehlender Mitwirkung – etwa Verweigerung von Elterngesprächen oder langes ungerechtfertigtes Fernbleiben des Kindes vom Unterricht – gibt es bereits jetzt die Möglichkeit einer Verwaltungsstrafe. In Niederösterreich wurden bereits härtere Sanktionen beschlossen: Ab 1. September sind Eltern von Kindergartenkindern verpflichtet, ein Elterngespräch wahrzunehmen, falls dieses vom Kindergarten gefordert wird. Wenn sie nicht an diesem teilnehmen, drohen bis zu 2.500 Euro Strafe oder eine Ersatzfreiheitsstrafe von sechs Wochen. Bildungsminister Wiederkehr denkt über ein ähnliches bundesweites Modell für den Schulbereich nach.

Mehr Unterstützung gewünscht

Veronika Wöhrer gibt zu bedenken, dass hinter der fehlenden Mitwirkung oft Gründe wie mangelnde Sprachkenntnisse, Überlastung oder Krankheit der Eltern lägen. Hinter dem Nichtauftauchen der Eltern in der Schule lägen oft soziale Strukturen. „Ich bin mir nicht sicher, ob da eine Pflicht das richtige ist“, sagt die Bildungsexpertin, „das sind häufig Familien, die Unterstützung brauchen, wo es große Überforderung gibt.“ Eine engere Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schulen findet Wöhrer unterstützenswert. Es brauche die Möglichkeit, sich von Fall zu Fall anzuschauen, wo es an der Zusammenarbeit scheiterte, etwa mithilfe von Schulsozialarbeit oder den Schulpsycholog:innen. Paul Kimberger, Gewerkschaftschef der Pflichtschullehrer:innen, sprach sich Mitte Mai in der Tageszeitung „Der Standard“ für ein Anreizsystem aus. Bei



In den SESAM-Elterncafés bekommen Eltern die Möglichkeit, sich mit Pädagog:innen, aber auch untereinander über die Bildung und Erziehung ihrer Kinder auszutauschen.

Sanktionen müsse man aufpassen, dass man nicht direkt die Kinder treffe.

Gelebte Bildungskooperation

Ihre Kinder am Bildungsweg unterstützen, möchten jedenfalls alle, die heute ins SESAM-Café gekommen sind. Ein Vater erzählt, er sei aufgrund der Arbeit wenig zuhause, aber er möchte seinem Sohn vermitteln, dass er immer für ihn da sei. Eine Mutter erzählt, dass es ihr manchmal zu viel sei, wenn alle ihre Kinder streiten, aber auch, dass die Kin-

Kindern über Emotionen zu sprechen und ihnen das Gefühl zu geben, sie werden trotz Fehlern geliebt. Und sie gibt den Eltern Tipps in Konfliktsituationen, wie etwa einfache Entspannungstechniken. „Geht bei einem Streit aus der Situation raus, geht eine Runde in den nächsten Park“, schlägt Danter unter anderem vor. Eine Teilnehmerin erzählt, dass sie sich mit Musikhören entspanne, aber auch damit an die frische Luft zu gehen.

Projektleiterin Heike Summerer zeigt sich zufrieden: SESAM werde gut angenommen, man habe sich zunehmend etabliert. Anfangs wollte man ganz niederschwellig sein, aber seit man etwa Anmeldungen eingeführt habe, steige auch die Zahl der Teilnehmer:innen. „Ich denke, dass ein gewisses Commitment auch gut für die Erreichbarkeit der Eltern ist“, meint Summerer.

Nach etwa einer Stunde ist das Elterncafé von SESAM in Ottakring zu Ende. Die Teilnehmer:innen erhalten noch einen Flyer, dann verabschieden sie sich. Bis zum nächsten Café.

BILDUNGSMINISTER WIEDERKEHR MÖCHTE EINE STRENGERE MITWIRKUNGSPFLICHT.

der sich grundsätzlich gerne hätten. Der Vater sagt, dass es ihm wichtig sei, dass Eltern sich entschuldigen können, wenn sie einen Fehler gemacht haben. Einer Teilnehmerin ist es ein besonderes Anliegen, ihre Kinder zur Bildung und vor allem zum Deutsch lernen zu motivieren. Es ist den Eltern wichtig, von ihrem Elternsein zu erzählen. Sophia Danter ist es wichtig, sie darin zu bestärken. Danter versucht immer wieder die Eltern in die Reflexion über ihr eigenes Verhalten zu bringen. Sie ermutigt sie mit den

Magdalena Pichler ist freie Journalistin mit einem Schwerpunkt auf Kultur und Gesellschaft.

DEUTSCH LERNEN – ABER WIE?

Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) schafft die Rahmenbedingungen, innerhalb derer Integration stattfindet. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass seine Deutschkurse deutlichen Verbesserungsbedarf haben.

Text: Sarah Kleiner

Ich bin neugierig und frage nach, wenn ich etwas nicht verstehe“, sagt Amir*. Besonders bei der Grammatik sei er penibel. Der gebürtige Syrer kam vor zwei Jahren nach Österreich und hat sich die Grundlagen der deutschen Sprache selbst beigebracht. Beim ÖIF ist er auf Level B1 in den ersten Deutschkurs eingestiegen, hat diesen und das B2-Level erfolgreich abgeschlossen. „Da gab es aber Leute, die gehörten nicht in den Kurs. Sie konnten nicht Deutsch sprechen, auch keine Grammatik“, erzählt Amir. „Nur ein Viertel hat die Prüfung geschafft.“ Er selbst hat bestanden und macht gerade den nächsthöheren, also den C1-Kurs. Amir klemmt sich dahinter.



Foto: SOS Mitmensch

Deutschkenntnisse sind im innenpolitischen Gezerre zwischen restriktiver und liberaler Asylpolitik zum zentralen Barometer für gelungene Integration geworden. Laut österreichischem Integrationsgesetz sind Geflüchtete mit einigen Ausnahmen verpflichtet, Deutsch- und Wertekurse zu absolvieren. Tun sie das nicht erfolgreich, drohen Konsequenzen. Für die Abwicklung von Deutsch- und Wertekursen für Kriegsvertriebene, Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte ist der Österreichische Integrationsfonds zuständig. Spricht man mit Asylberater:innen, Integrationsexpertinnen und Geflüchteten selbst, so stellt sich aber die Frage, ob er seiner Aufgabe adäquat nachkommt.

Struktureller Umbruch

Was Amir heute in einem Wiener Kaffeehaus erzählt, hat einen komplexen Hintergrund.

Zuallererst: Wie werden die Deutschkurse organisiert? Der ÖIF greift für die Abwicklung auf Trägerorganisationen zurück, Sprach- und Lerninstitute etwa. 2022 wurde deren Beauftragung von einer sehr diversen und kleinteiligen Projektförderung auf ein Vergabeverfahren umgestellt. Jedes Bundesland wurde eigens ausgeschrieben.

Bieter:innen, die Deutschkurse für den ÖIF durchführen wollten, mussten mit ihrer Infrastruktur – wie etwa Räumlichkeiten – ein ganzes Bundesland abdecken und die erforderliche Anzahl an Unterrichtseinheiten bieten können. „Prinzipiell war die Umstellung auf das Vergabeverfahren begrüßenswert. Sie

zielte darauf ab, dass es österreichweit ein einheitliches System und einheitliche Qualität bei den Deutschkursen gibt“, sagt ein Experte aus der Asylberatung, der anonym bleiben möchte. Auch wenn es in strukturschwachen Regionen noch Ausbaubedarf gebe, sei das Kursangebot prinzipiell dichter geworden.

Hauptsache günstig

„Letztendlich haben sich aber jene Trägerorganisationen durchgesetzt, die die niedrigsten Preise pro Unterrichtseinheit angegeben haben“, sagt der Insider, denn das zentrale Ausschreibungskriterium sei der Preis gewesen. Gespart wurde in erster Linie beim Personal, bei den Vor- und Nachbereitungszeiten etwa, die Sprachtrainer:innen abgefordert werden.

Und ein weiteres Detail der Ausschreibung wirkt nach: Die Trägerorganisa-

VIELE WERDEN ZU DEN PRÜFUNGEN GESCHICKT - AUCH OHNE DAS ENTSPRECHENDE SPRACHNIVEAU.

tionen mussten zwar darlegen, dass sie eine gewisse Anzahl an Kursen bewältigen können, „allerdings kann der ÖIF sagen, im Augenblick ist der Bedarf niedrig, wir rufen weniger Kurse ab.“ Die Organisationen müssen dann umschichten, Kurse schieben – angestellte Sprachtrainer:innen müssen ja trotzdem bezahlt und beschäftigt werden. Wenn aufgrund dieser Schiebeeffekte ein Kurs ausfällt oder verspätet startet, sind Strafzahlungen an den ÖIF vorgesehen.

Und das ist zentral: „Mit der Ausschreibung wurde eine Situation geschaffen, in der jene Kursinstitute, die das finanzielle Risiko der Strafzahlungen in ihrem Angebot gering bewertet haben, jetzt einen Anreiz haben, Kurse um jeden Preis durchzuziehen“, sagt der Brancheninsider. Personen mit unterschiedlichen Kenntnissen fänden sich dadurch im selben Kurs wieder, möglichst viele der Klient:innen würden zu den abschließenden Prüfungen geschickt – oft auch, wenn sie das Sprachniveau noch nicht wirklich erreicht haben. „Idealerweise gehen sie dann noch in Folgekurse, die die Organisationen selbst anbieten.“

Negative Folgen

Amir hat dies in der Form erlebt, dass er und seine Mitstudierenden nicht auf dem selben Sprachniveau waren. Er kritisiert, dass das wirkliche Verstehen und Sprechen in seinen Kursen vernachlässigt wurde. Er würde sich außerdem auch mehr lebensnahe Lerninhalte wünschen. Vergangene Woche hätten sie das Kündigungsrecht durchgenommen. „Die Lehrbücher sind sehr auf den Beruf ausgelegt“, sagt er. „Ich tue mir schwer, auf Deutsch über meine Gefühle zu sprechen, ich habe den Wortschatz nicht.“ Aber bei Jobinseraten und Bewerbungen, da sei er gut.

Für Geflüchtete führt eine schlechte Qualität beim Deutschkurs leicht zu Konsequenzen: Absolvieren sie einen Kurs zwei Mal negativ, können Sozialleistungen gestrichen werden. Zudem seien Kurse mit begleitender Kinderbetreuung Mangelware, was es beson-

ders Personen mit Betreuungspflichten schwer macht, teilzunehmen, berichtet der Insider. Und das betrifft vor allem Frauen.

Im politischen Diskurs werden mangelnde Deutschkenntnisse von Geflüchteten schnell zur Argumentation für restriktive Asylpolitik. Beim Stopp des Familiennachzugs konnte das etwa beobachtet werden. Dieser bedeutet ein Aussetzen von Unionsrecht, was nur möglich ist, wenn eine gesamtstaatliche Notlage gegeben ist.

Der ÖIF reichte zur Untermauerung derselben eine Stellungnahme ein, in der er „strukturelle Belastungen und Handlungsbedarfe“ im Bezug auf die Integration von Nachgezogenen feststellt. Neben der höheren Fertilitätsrate von Migrantinnen (!) führt er die schlechteren Deutschkenntnisse von nachgezogenen Frauen im Vergleich zu regulären Antragsteller:innen an. Die gesamtstaatliche Notlage sieht die Regierung jedenfalls als gegeben, der Stopp soll im Juni endgültig in Kraft treten.

„Meines Erachtens ist so eine Stellungnahme ja eigentlich ein Rücktrittsschreiben des ÖIF“, sagt Lukas Gahleitner-Gertz von der Asylkoordination. „Der ÖIF ist selbst für Integration zuständig und stellt gravierende Probleme fest, die eine Notlage rechtfertigen. Statt einer kritischen Selbstreflexion vermittelt er aber in der Öffentlichkeit vielmehr das Bild, Asylwerber:innen seien integrationsunwillig.“

Mitte Mai kündigte Integrationsministerin Claudia Plakolm (ÖVP) einen strenger Kurs bei Deutschkursen an – schon bei einmaligem Nichtbestehen der Prüfung sollen Sozialleistungen gekürzt werden. Orientieren wolle sie sich dabei an Ober- und Niederösterreich, die die Hälfte der Leistungen

einfröhen. Auch eine Rückzahlung der Kurskosten könne sie sich vorstellen. „Entgegen der großspurigen Ankündigung im Regierungsprogramm, Maßnahmen für die ‚Integration ab Tag 1‘ einzuführen, wird bei den Maßnahmen massiv gekürzt. Das versteckte die Ministerin hinter der Ankündigung, mit verstärkter Schwarzer Pädagogik vorgehen zu wollen“, sagt Gahleitner-Gertz.

Blackbox

Er kritisiert vor allem auch die Intransparenz des ÖIF. Dessen Aufgabenbereich hat sich vor allem seit Integrationsminister Sebastian Kurz (2014 – 2017) stark erweitert und damit auch das ÖIF-Budget. Zwischen 2020 und heute hat es sich verdoppelt und betrug 2024 rund 105 Millionen Euro. Zurzeit hat der Fonds etwa 500 Mitarbeiter:innen.

DIE INTRANSPARENTE MONOPOLARTIGE STELLUNG DES ÖIF SEI EIN MISSSTAND.

„Wir sehen einen massiven Anstieg der Mittel für den ÖIF, wir sehen einen aufgeblähten Apparat. Aber was hat sich in den vergangenen Jahren zum Besseren verändert? Den gestiegenen Output im Verhältnis zu den Mitteln sehe ich nicht“, sagt Gahleitner-Gertz. Wohin das Geld des ÖIF genau fließt, kann die Öffentlichkeit nicht überprüfen: Durch die Konzipierung als Fonds untersteht er nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht, das es dem Nationalrat ermöglichen würde, über Anfragen Informationen zu bekommen.

Das sei vor allem aufgrund der monopolartigen Stellung des ÖIF im Integrationsbereich ein demokratiepolitischer

Missstand. „Viele Aufgabenbereiche im Asyl- und Integrationsbereich sind in den vergangenen Jahren von NGOs und Hilfsorganisationen in die Hände des Staates gewandert“, erklärt Gahleitner-Gertz. Auch im Forschungsbereich sei der ÖIF ein dominanter Player: „Wer zu Integration forscht, kommt um den ÖIF quasi nicht herum.“

Und was sagt der ÖIF? Auf Anfrage heißt es, dass sowohl das Kursangebot im ländlichen Raum als auch das mit begleitender Kinderbetreuung ausreichend sei. Die Deutschkurse würden außerdem über eine „umfangreiche, gesetzlich festgeschriebene Qualitätssicherung“ verfügen. 2024 seien knapp 30.000 Prüfungsantritte registriert worden. „Bei Ukrainer:innen schaffen im Durchschnitt 7 von 10 die Prüfung. Bei Syrer:innen sind es vor dem Hintergrund des niedrigen Bildungsstands aktuell rund die Hälfte (44%)“, schreibt der ÖIF.

Laut aktuellem Regierungsprogramm soll das Interpellationsrecht auf den Fonds erweitert werden. Das würde mehr Transparenz bedeuten, die Qualität der Sprachkurse aber nicht direkt berühren. Für Amir kämen Verbesserungen ohnehin zu spät. Er hat die Kurse auch dank seines beherzten Eigenstudiums positiv gemeistert. Am Ende des Gesprächs bedankt er sich. Dafür, dass wir uns auf Deutsch unterhalten haben, und dass er ein bisschen üben konnte. „Ich brauche das“, sagt er abschließend.

**Name der Redaktion bekannt*

Sarah Kleiner arbeitet als Chefin vom Dienst beim Magazin „Arbeit und Wirtschaft“ (ÖGB Verlag).

**JETZT
GLEICH BESTELLEN!**



www.sosmitmensch.at/soliabo

SOS
Mitmensch



EINEM APPELL DES EU
RATES FOLGEND UND
BEKENNTNIS ZUR IDEE
EINHEIT EUROPAS GIB
BUNDESHAUPTSTADT W
DIESEM PLATZ DEN NA
EUROPAPLATZ
21.6

IN KRITISCHEN ZEITEN

„Die Demokratie kippt, wenn wir schweigen“

Wie wehrhaft ist unsere Demokratie? Oliver Scheiber, Strafrichter und Vorsteher des Bezirksgerichts Meidling kämpft nicht nur im Gerichtssaal für Gerechtigkeit. Er ist Mitinitiator des Antikorruptionsvolksbegehrens und Vorstandsmitglied von SOS Mitmensch. Ein Gespräch über den Zustand der Demokratie, wie man autoritäre Angriffe abwenden kann und was die Beamt:innen in Brüssel richtig machen.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER

FOTOS: CHRISTOPHER MAVRIČ

MO-Magazin: Sie beschäftigen sich intensiv mit Fragen der Rechtsstaatlichkeit, engagieren sich zivilgesellschaftlich und kennen das System auch aus Ihrer Arbeit als Richter sehr gut. Wie schätzen Sie derzeit den Zustand der österreichischen Demokratie ein?

Oliver Scheiber: Es gibt mehrere Schwachstellen. Eine ist die politische Instabilität, die wir nicht nur in Österreich, sondern in vielen Demokratien beobachten. Das war etwa bei der Regierungsbildung nach der letzten Nationalratswahl deutlich spürbar. Man hat zunehmend das Gefühl, alles könnte jederzeit kippen. Eine Achillesferse sehe ich aktuell in der Medienstruktur.

Inwiefern?

Die Medienvielfalt hat deutlich abgenommen. Es herrscht eine zunehmende Monopolisierung, und viele führende Medien sind eng mit politi-

"Mehrere tragende Säulen unserer Demokratie sind in den letzten Jahren geschwächt worden."

schen Parteien oder Interessenverbänden verflochten – was sich etwa in den Eigentümer:innenstrukturen widerspiegelt. In so einem System ist man in Krisenmomenten besonders anfällig. Es wäre dringend an der Zeit, Regierungs-

insertate abzuschaffen und stattdessen in Qualitätsjournalismus, Podcasts und kleinere, hochwertige Medienprojekte zu investieren.

Wie lassen sich demokratische Institutionen so absichern, dass sie autoritären Bestrebungen standhalten?

Mehrere tragende Säulen unserer Demokratie sind in den letzten Jahren geschwächt worden. Neben den Medien betrifft das auch staatliche Institutionen. Denken Sie an Fälle wie Ex-Finanzminister Blümel, der dem Parlament Akten vorenthielt, oder den früheren Kanzler Nehammer, der der WKStA Daten verweigerte – das sind massive Tabubrüche

in der Zweiten Republik. Wenn solche Vorgänge zur Normalität werden, leidet das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat.

Zudem blieben wichtige Institutionen über längere Zeit unbesetzt – etwa die Bundeswettbewerbsbehörde oder das Bundesverwaltungsgericht. Solche Lücken gefährden die Funktionsfähigkeit des Staates. Zusätzlich leiden Teile der Justiz unter chronischer Unterfinanzierung. Wir brauchen gezielte Reformen und strukturelle Verbesserungen, um wieder Stabilität herzustellen.

Derzeit beobachten wir, wie Donald Trump in den USA das Land umkrempelt: Die Verwaltung wird zusammengepart, Justiz und Wissenschaft angegriffen, Migrant:innen ausgewiesen. Natürlich ist es ein anderes politisches System. Aber: Könnte Vergleichbares auch in Österreich passieren?

Was in den USA geschieht, kann im Prinzip in jedem demokratischen Staat passieren. Es zeigt sich hier ein gefährliches Zusammenspiel von Geld, Macht und Medien. Auch bei uns gibt es keinen ausreichenden Schutz vor dem Einfluss reicher Einzelpersonen auf die Politik. Dennoch glaube ich, dass Europa – und besonders die EU – in dieser Lage eine Chance hat: Wenn es gelingt, die EU als Insel der Demokratie zu erhalten, kann daraus eine besondere Stärke erwachsen. In einigen Bereichen hat die EU-Kommission das bereits erkannt.

Welche Hoffnung hegen Sie auf europäischer Ebene?

Ein großer Vorteil der EU ist die starke Fachbeamtenenschaft in Brüssel. Dort arbeiten 40.000 bis 50.000 Menschen, die länderübergreifend denken und die sehr stark an das europäische Demokratiemodell glauben. Ihre Gesetzesvorschläge – etwa zu Datenschutz,

Informationsfreiheit, Social-Media-Regulierung oder der Absicherung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten – gehen oft in die richtige Richtung. Die EU-Bürokratie – und das meine ich hier ausdrücklich positiv – erkennt die Probleme und entwickelt Lösungsansätze.

Sie haben einmal geschrieben, dass wir uns in Österreich nicht so ganz sicher fühlen dürfen, weil schon einmal mit der Verfassung, die ja heute noch gilt, die Republik gestürzt wurde. Braucht es hier eine Reform?

In bestimmten Bereichen ja. Die Justiz muss besser abgesichert werden, etwa durch unabhängige, weisungsfreie Staatsanwaltschaften. Auch die Auswahlverfahren für Verfassungsrichter:innen und anderer hoher Ämter könnten objektiver gestaltet werden – etwa durch unabhängige Kommissio-

"In den USA zeigt sich ein gefährliches Zusammenspiel aus Geld, Macht und Medien. Das kann überall passieren."

nen. Und für den Fall, dass die Regierung hohe Ämter unbesetzt lässt, könnte man dem Bundespräsidenten ein Nominierungsrecht einräumen. Dennoch: Eine Verfassung allein ist nie Garantie. Auch die US-Verfassung konnte Trump nicht stoppen – letztlich hängt vieles von den handelnden Personen und der politischen Kultur ab. Es ist niemand davon ausgegangen, dass in einer Demokratie jemand wie Trump, der ein verurteilter Krimineller ist und der öffentlich über Minderheiten und Frauen spottet, dass so jemand von einer Traditionspartei in ein Amt gebracht wird. Damit kann man nicht rechnen und darauf kann man sich nicht vorbereiten. Zu einem gewissen Grad ist das auch eine Frage der Gesellschaft, die so etwas zulässt.

In Österreich liegt die FPÖ laut Umfragen weiterhin auf Platz eins. Was braucht es, um populistischen Bewegungen den Wind aus den Segeln zu nehmen?

Es gibt nicht die eine einfache Antwort, sondern viele Faktoren. Demokratische Kräfte brauchen jedenfalls wieder eine klare Erzählung. Der Populismus – meist von rechts, gelegentlich auch von links wie in der Slowakei – bedient sich überall der gleichen Narrative: Das eigene Land sei Opfer der EU oder der Globalisierung. Abstiegsängste werden instrumentalisiert. Die Demokrat:innen hingegen verteidigen sich seit Jahrzehnten und argumentieren entsprechend defensiv.

Vor kurzem habe ich über Dänemark gelesen. Deren Asylpolitik ist hoch problematisch, aber in der Sozialpolitik haben sie eine Erzählung entwickelt, dass die Dinge gut und schnell funktionieren müssen. So haben sie etwa strukturell verankert, dass man innerhalb von zwei oder drei Wochen einen Arzttermin bekommt. Es sind genau solche konkreten Punkte, die das Vertrauen in den Staat stärken: Verlässliche Kinderbetreuung, ausreichend Pflegeplätze und funktionierende Spitäler. Die Politik muss dort, wo Defizite sind, ansetzen und gleichzeitig die Erzählung fördern: Das geht in einem Miteinander, das geht mit demokratischen Mitteln und am besten in einem freien Land. Vielleicht müssen wir nun damit leben, dass die Extremist:innen ab jetzt nicht mehr fünf Prozent so wie früher haben, sondern 20 oder 25 Prozent. Solange sich die anderen 75 Prozent mit ihren demokratischen Grundwerten einig sind, halte ich das noch für keine große Katastrophe. Wenn Österreich die Demokratie verliert, dann verliert es sie nicht, weil die Mehrheit Extremist:innen sind, sondern weil ein Teil der Bevölkerung schweigt.



Richter Oliver Scheiber wünscht sich eine klare Erzählung der demokratisch gesinnten Parteien: "Seit Jahrzehnten verteidigen sie sich und argumentieren dementsprechend defensiv."

Sie haben angesprochen, dass es demokratisch gesinnten Parteien oft an einer überzeugenden Erzählung fehlt. Diesen Eindruck konnte man stellenweise auch bei der Wien-Wahl bekommen.

Durchaus, aber positiv ist, dass nicht einmal ein Jahr seit der Nationalratswahl vergangen ist und trotzdem die ständige und dominierende Aggressivität der FPÖ in Wien weitgehend verpufft ist. Ich finde das Ergebnis deshalb positiv: Parteien, die sich zur Demokratie bekennen, haben nur wenig verloren. Das zeigt, dass demokratische Kräfte bestehen können. Vor allem im Migrationsthema zeigte sich: Die Mitte-Links-Parteien in Wien betreiben kein Migrant:innen-Bashing – und das seit Jahrzehnten. Das hat sich bewährt. Gleichzeitig sieht man: Dort, wo die

Probleme angeblich am größten sind, schneidet die FPÖ oft am schlechtesten ab. Wien begegnet dem Populismus mit einer klaren, ruhigen Haltung – und das trägt. Das zeigen auch andere Städte wie Graz, Innsbruck oder Salzburg.

"Die Zahlen der Kriminalstatistik sind heute viermal niedriger als vor 50 Jahren und auch niedriger als vor zehn Jahren."

Die Parteien mögen sich vielleicht nicht am Bashing beteiligen, aber eine klare Positionierung gegen Hetze und Rassismus findet sich mittlerweile selten.

Das stimmt. Gerade beim Thema Familiennachzug ist die Debatte teils so aufgeheizt, dass es schwer ist, gegenzuhalten. Daran haben auch die Medien

einen sehr starken Anteil, weil die Fakten zu wenig oder verzerrt vermittelt werden. Wir haben derzeit sehr niedrige Asylzahlen. Und auch die Kriminalitätsstatistik zeigt: Die Zahlen sind heute viermal niedriger als vor 50 Jahren, und auch wesentlich niedriger als noch vor zehn Jahren.

Wie soll man dieser aufgeheizten Stimmung entgegenwirken?

Man müsste viel stärker mit konkreten Geschichten arbeiten. Wenn man etwa sagt: „Schaut mal, wer eure Großeltern pflegt – das sind oft Menschen mit Migrationsgeschichte“, dann bringt das manche zum Nachdenken. Auch Role Models wie die ehemalige Justizministerin Alma Zadić sind wichtig – Menschen, die selbst geflüchtet sind und heute eine tragende Rolle in der Politik

und Gesellschaft spielen. Solche persönlichen Geschichten wirken oft stärker.

Ist es nicht ein Armutszeugnis für uns, wenn man Migration nur mehr wirtschaftlich rechtfertigen kann, anstatt auf Menschenwürde und Menschenrechten zu verweisen?

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn Menschenrechte allein ausreichen würden. Ich habe den Eindruck vielen Menschen in Österreich fehlt das Bewusstsein dafür, was es etwa bedeutet, in einem menschenverachtenden Regime zu leben. Das kennt mittlerweile praktisch niemand mehr aus eigener Erfahrung und kaum mehr jemand aus persönlichen Erzählungen. Diese Geschichtsvergessenheit schwächt das demokratische Fundament. Viele wissen schlicht nicht, wie fragil Freiheit und Würde sein können.

Fehlt es also auch an Demokratiebildung?

Ja, da ist wahrscheinlich seit 1945 einiges schiefgelaufen. Unsere nationale Erzählung dreht sich oft um Skisport oder Kulturereignisse wie das Neujahrskonzert – weniger um die demokratischen Errungenschaften. Dabei wäre genau das zentral: Die Demokratie als größter Erfolg der Zweiten Republik. Immerhin besteht diese nun seit 80 Jahren, das ist nicht in vielen Ländern so. Ich finde, jede:r in Österreich sollte Simon Wiesenthal und mindestens zwanzig andere Widerstandskämpfer:innen oder wichtige, engagierte Menschen kennen. Doch de facto kennen viele Menschen die Verbrechensorte – etwa Gusen – nicht. Erst jetzt hat man in Leobersdorf und an anderen Orten ehemalige Lagerstätten entdeckt. Wir haben die Verbrechensorte nicht im kollektiven Bewusstsein, wir kennen die Verbrecher:innen zu einem guten Teil nicht und wir ken-



Für Scheiber ist es inakzeptabel, dass so viele Menschen nicht wahlberechtigt sind.

nen schon gar nicht die Opfer und Widerstandskämpfer:innen. Das ist leider bisher nicht gelungen.

Ein anderer demokratiepolitischer Aspekt in Österreich ist, dass ein großer Teil der hier lebenden Menschen nicht wählen darf. Im Parlament mangelt es auch an Repräsentation: Es sind wenige Menschen mit Migrationsbiografie, aus der Arbeiter:innenschaft oder Menschen mit Behinderung vertreten. Ist das nicht ein Legitimitätsproblem?

"Einen Teil der Abgeordneten per Los zu bestimmen, würde bessere Repräsentation schaffen."

Das rigide Staatsbürgerschaftsrecht, das dazu führt, dass so wenige Leute wählen können, ist kurzfristig wahrscheinlich das Hauptproblem. Es hat ein gravierendes Ausmaß erreicht: allein wenn wir Wien betrachten, wo mehr als ein Drittel der Bevölkerung nicht mitbestimmen kann. Das ist völlig inakzeptabel. Die Bevölkerung besser abzubilden, ist nochmals schwieriger. Einerseits haben wir sehr viele Berufspolitiker:innen,

die gar nicht aus anderen Branchen kommen. Grundsätzlich bin ich ja ein Freund von Quoten, beim Geschlechterverhältnis funktioniert das gut. Aber Parteien und Vertretungskörper so aufzustellen, dass sie den Querschnitt der Bevölkerung gut repräsentieren, da braucht es wohl kreative Ideen und internationale Vorbilder, wie man das besser gestalten kann. Es gibt etwa den Vorschlag, einen Teil der Abgeordneten durch Los zu bestimmen – das würde bessere Repräsentation schaffen und ist kein absurder Gedanke.

Was kann jede:r Einzelne in Österreich nun tun, um die Demokratie zu stärken?

Eine ganze Menge. Schon im eigenen Umfeld kann man Haltung zeigen – am Arbeitsplatz, in der Familie, unter Freund:innen. Konkrete Gespräche können zum Umdenken anregen. Ich verstehe aber auch, dass viele zermüht sind: Seit Jahrzehnten müssen wir uns gegen Populismus verteidigen, von Haider über Strache bis zu Kurz. Und doch hat sich zuletzt wieder etwas bewegt. Die Proteste und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten haben Wirkung gezeigt. Dass es nun eine Regierung ohne Beteiligung der FPÖ gibt, ist auch ein Verdienst der Zivilgesellschaft. Dieser Erfolg sollte uns Mut machen. In der ÖVP und in der neuen Bundesregierung pflegt man – zumindest derzeit – wieder einen anderen Stil: weniger Aufgeregtheit, keine Message-Control mehr. Das ist ein Fortschritt. Natürlich wird es auch Rückschläge geben. Aber es ist wichtig, dass die demokratische Mitte zusammenarbeitet. Das sollte die Zivilgesellschaft auch anerkennen und konstruktiv begleiten. Denn nur so können wir verhindern, dass auch Österreich in Richtung Autoritarismus kippt, wie es derzeit leider weltweit der Fall ist.



**Attac wird 25 Jahre alt –
und das wollen wir mit euch feiern!**

**Lesungen und
Diskussionen**
mit internationalen
Gästen wie:
Didier Eribon,
Dario Azzellini,
Youlie Yamamoto,
Mariana Rodrigues

Workshops
zur Geschichte von
Attac und Attac-
Themen, Stadtfüh-
rungen, Lieder des
Widerstands,
Sprühkreide

Konzerte
mit ZAK!, DIVES,
Hertzinger,
SambAttac,
Zelda Weber,
Attac SambaSisters

Party & DJ-Line:
Donna Savage,
DJ Susie Flowers,
Algoridim Girls

Specials:
Essen von solidarity
kitchen vienna,
Poetic-Recording Lisa
Pauline Wagner

**Infos &
Anmeldung**



**Sei dabei, feiere mit
uns und bring deine
Ideen ein!**

attac.at/25

POOLBAR FESTIVAL

**HELGE SCHNEIDER · ZAZ · ALOE BLACC
MIGHTY OAKS · MILKY CHANCE · MELVINS
WOLFMOTHER · TOCOTRONIC · NOGA EREZ
& VIELE MEHR**

2.7.-10.8.2025 → POOLBAR.AT

FELDKIRCH VORARLBERG

ALTES HALLENBAD & OPEN AIR REICHENFELD

Fohrenburger Raiffeisen ORGANICS RAUCH hvkw OMICRON F.M. HÄMMERLE ABSOLUT. blum NEUTRIK iNTi AUDIO LIEBHERR DER STANDARD

Danke! Gefördert von Stadt Feldkirch, Land Vorarlberg und BMwKms.Kunst&Kultur, Stadt Hohenems (Poolbar Generator) AKM, SKE, FAMA

Status: ungewiss

Lange anberaumt, nun fix: Österreich setzt die Familienzusammenführung weitestgehend aus. Für tausende Menschen bedeutet das nun, dass sie weiterhin von ihren Familien getrennt bleiben – ohne Aussicht auf ein baldiges Wiedersehen.

TEXT: NAZ KÜÇÜKTEKİN



A imanoon Aifares beginnt ganz ruhig zu erzählen. Wie er seine Heimatstadt Ar-Raqqa im Norden von Syrien verlassen musste. Wie er sein gutes Leben, wie er sagt, als Sportlehrer und ehemaliger Handball-Nationalspieler sowie seine Familie – seine beiden Söhne, seine Tochter und seine Frau – zurücklassen musste. „Der Krieg hat mir alles genommen“, sagt er. Aifares erzählt von seiner Flucht, die mehr als drei Monate dauerte. Von seiner Zeit in Österreich, wo er im Sommer 2021 ankam und seit Ende 2023 einen Asylstatus hat. Er spricht auch von seinen Träumen und Hoffnungen, davon, seine Familie in Wien wieder vereinen zu wollen. Und davon, dass das aktuell unmöglicher erscheint als je zuvor.

„Mein jüngster Sohn hat letztens, als wir telefoniert haben, gesagt: Du hast uns verlassen“, versucht der 39-Jährige zu erzählen. Doch bevor er den Satz beenden

Die Bearbeitung von Familienzusammenführungsanträgen kann nun bei einem Notstand ausgesetzt werden. „Österreich geht mit einem schlechten Beispiel voran“, sagt Shoura Hashemi von Amnesty.

kann, bricht er in Tränen aus. Mit einem laufenden Aberkennungsverfahren seines Asylstatus sowie einer Ablehnung der Familienzusammenführung – gegen beides hat Aifares Beschwerde eingelegt – fühlt es sich für ihn an, als hätte sein vierjähriger Sohn wohl ein Stück weit recht.

Über 3.600 Syrer:innen warten auf Entscheidung

Seit dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 hat Österreich den Familiennachzug stark eingeschränkt. Mit einer Gesetzesnovelle, die der Bundes-

rat am 8. Mai 2025 bestätigte, kann die Bearbeitung von Anträgen auf Familienzusammenführung per Verordnung ausgesetzt werden, sofern eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit festgestellt wird. Die Maßnahme gilt bis Ende September 2026.

Familien- und Integrationsministerin Claudia Plakolm (ÖVP) betonte, dass Österreich nicht dafür verantwortlich sei, dass diese Familien getrennt sind. Staatssekretär Jörg Leichtfried (SPÖ) argumentierte, dass die Aufnahmekapazitäten Österreichs nahezu erschöpft sei-

en. Die Maßnahme diene dem Schutz der inneren Sicherheit und solle eine Balance zwischen dem Recht auf Asyl und der Belastbarkeit des Sozial- und Bildungssystems schaffen. Die Novelle sieht Ausnahmen für Minderjährige sowie Fälle vor, in denen das Recht auf Familienleben gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention zwingend gewahrt werden muss.

Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Entscheidung scharf und verweisen auf die anhaltend unsichere Lage in Syrien. Shoura Hashemi, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, erklärte in einer Stellungnahme etwa: „Österreich geht mit schlechtem Beispiel voran. Mit dem heutigen Beschluss sendet das Land ein fatales Signal – nicht nur an Betroffene, sondern auch an andere EU-Staaten.“ Die Auswirkungen sind besonders für syrische Staatsangehörige spürbar. Während im ersten Quartal 2025 nur 52 Einreisegenehmigungen für syrische Familienangehörige erteilt wurden, blieben 4.281 Anträge unbeantwortet. Syrer:innen stellten in den vergangenen Jahren die größte Gruppe an geflüchteten Menschen in Österreich. Dementsprechend gab es von ihnen auch die meisten Anträge auf Familiennachzug. Derzeit warten mehr als 3.600 Syrer:innen auf eine Entscheidung über ihren Antrag – und damit über ihre Zukunft sowie die ihrer Familie.

„Ich weiß nicht, was jetzt kommt“

Dazu gehört auch Mahmud Alkhabb. Er sitzt im Vereinslokal der Freien Syrischen Gemeinde in Favoriten, hinter ihm eine österreichische Flagge sowie eine syrische, auf der „Free Syria“ zu lesen ist. Er betont, dass er sich bereits seit langem im Stich gelassen fühlt. „Die Familienzusammenführung gibt es eigent-



Aimanoon Aifares möchte seine Frau und seine drei Kinder aus Syrien nach Österreich holen. Doch das erscheint für den Sportlehrer und ehemaligen Handball-Nationalspieler nun unmöglich.

lich seit Juni nicht mehr“, sagt er. Vor fünf Jahren war der 34-Jährige noch ein angesehener Elektroingenieur in Homs, jetzt ein Flüchtling mit einer

**„Ich weiß nicht, was jetzt kommt.
Ob ich bleiben darf. Ob ich
arbeiten kann. Ob sie mich
rausschmeißen.“**

österreichischen Berufsanerkennung – die ihm hier jedoch wenig nützt. Seine Frau, eine Zahnärztin, lebt weiterhin mit dem Sohn der beiden in Syrien. Im November 2023 wurde sie in der

österreichischen Botschaft in Beirut interviewt. Seitdem herrscht vonseiten der österreichischen Behörden Funkstille. Monate vergingen. Briefe blieben unbeantwortet. Bis am 20. Februar dieses Jahres der Brief vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) kam – ein formeller, emotionsloser Bescheid, wie ihn Tausende Syrer:innen an diesem Tag erhielten: „Ihr Asylstatus wird überprüft.“

Mahmuds Stimme klingt müde, wenn er spricht. „Ich weiß nicht, was jetzt kommt. Ob ich bleiben darf. Ob ich arbeiten kann. Ob sie mich rausschmei-



Nazar M. wartet in Wien auf ihren Mann. Zurück nach Syrien möchte sie nicht: "Meine Kinder könnten nicht einmal auf Arabisch schreiben, sie waren durch den Krieg kaum dort in der Schule".

„Es ist jetzt sinnlos“

Entgegen des politisch – und auch medial – oft vermittelten Bildes sind nicht nur geflüchtete Männer von dem Nachzugsstopp betroffen. Auch die 47-jährige Nazar M. lebt mit ihren beiden Söhnen, 14 und 17 Jahre alt, seit fast drei Jahren in Wien. Nach einigen Jahren in der Türkei, war sie zunächst mit ihren beiden jüngsten Kindern nach Österreich gekommen. Sie haben subsidiären Schutz erhalten. Die Minderjährigkeit ihrer Kinder ermöglichte es ihr, ebenfalls eine Familienzusammenführung zu beantragen, um so auch den Vater nach Österreich holen zu können. Im November des Vorjahres hatte ihr Mann bereits das dafür notwendige Interview in der türkischen Botschaft in Istanbul. Seither: Warten und Verzweiflung.

Doch feststeht: Zurück nach Syrien möchte Nazar M. nicht. „Meine Kinder könnten nicht einmal auf Arabisch schreiben, weil sie durch den Krieg kaum in Syrien in die Schule gehen konnten“, betont Nazar M. und bringt damit zum Ausdruck, was viele Betroffene ähnlich sehen: Eine Zukunft in Österreich. In dem Land, in dem sich viele in den letzten Jahren versucht haben, eine Existenz aufzubauen.

Doch diese Zukunft erscheint für sie nun in weiter Ferne. Die fehlende Perspektive auf Familienzusammenführung lässt viele Betroffene verzweifeln. Wie sehr dadurch der Antriebs bei einigen verloren geht, bemerkt auch Abdulhkeem Alshater, Obmann der Freien Syrischen Gemeinde. „Wir bieten im Verein Deutschkurse an. Letztes Jahr waren diese immer sehr voll – heuer kommen nur Einzelne. Viele sagen: Es ist jetzt sinnlos.“

Naz Küçüktekin war bei der Wiener Bezirkszeitung, dem biber Magazin, bei Profil und zuletzt beim Kurier tätig, wo sie sich im Ressort „Mehr Platz“ vor allem mit migrantischen Lebensrealitäten beschäftigte. Das tut sie nun weiterhin als freie Journalistin.

ßen.“ Auch seine Frau sei immer frustrierter, „Wir streiten. Ich habe ihre Praxis in Syrien verkauft, um hier in Wien eine Wohnung für uns drei mieten zu können“, erzählt er. Sogar von Scheidung sei schon die Rede gewesen. Seine Motivation, weiter Deutsch zu lernen oder sich für Jobs zu bewerben, schwindet angesichts dieser Lage von Tag zu Tag. Wozu das Ganze noch, wenn ohnehin ungewiss sei, wie es weiter geht. Besonders traurig macht ihn, dass er seinen mittlerweile dreijährigen Sohn noch nie persönlich gesehen hat. „Als ich Syrien verlassen musste,

war meine Frau schwanger“, erklärt er. Neben Alkhaab sitzt heute Lina im Vereinslokal der Freien Syrischen Gemeinde. Bei ihr war es umgekehrt: Als sie

Seine Motivation Deutsch zu lernen oder sich zu bewerben, schwindet jeden Tag. Denn: Wozu das Ganze noch?

2021 aus Syrien nach Österreich kam, erwartete sie ein Kind. Ihr Ehemann, der damals nach Jordanien floh, konnte den mittlerweile Dreijährigen noch nie in die Arme schließen.

FRAUENGESUNDHEIT

Ein schmerzvolles Tabu

Schmerzen beim Sex, chronische Infektionen und hohe Geburtsrisiken: weibliche Beschneidung zieht viele gesundheitliche Schäden nach sich. Auch in Österreich lebende Mädchen und Frauen wurden diesem Eingriff unterzogen.

TEXT: SALME TAHA ALI MOHAMED



Illustration: M.J.

Im Namen der Ehre und der sexuellen Reinheit werden täglich tausende Mädchen und Frauen weltweit genital verstümmelt.

Jeden Tag werden mehr als 12.000 Mädchen und Frauen auf der ganzen Welt Opfer von Genitalverstümmelungen. Im Namen der Ehre und sexuellen Reinheit werden ihre Klitoris, Klitorisvorhaut, äußeren und inneren Vulvalippen entweder teilweise oder komplett entfernt. In manchen Fällen werden die Vulven im Anschluss zusammengenäht.

Der leitende Gedanke dahinter: die Sexualität von Frauen zu kontrollieren. „Wenn ich Workshops gebe, höre ich oft, dass Mädchen und Frauen beschnitten sein müssen, um Jungfrauen zu bleiben“, erklärt Umyma El Jeledé von der österreichweiten FGM_C Koordinationsstelle, „manche glauben, dass sie das etwa als gute Musliminnen über sich ergehen lassen müssen. Aber es gibt keine Regel im Islam, die das besagt“. Beschneidungen an Frauen finden tatsächlich nicht nur unter Muslim:innen, sondern in kleinerem Maß auch bei Christ:innen und Angehörigen anderer Religionen Anwendung.

Anlaufstelle für ganz Österreich

Die Medizinerin El Jeledé verschreibt sich seit 2007 dem Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung – auch als „Female Genital Mutilation/Cutting“ (FGM/C) bekannt – in Österreich. Sie ist beim Frauengesundheitszentrum FEM Süd in der Klinik Favoriten tätig. Seit 2021 bietet El Jeledé ihre Workshops, Schulungen und Beratungen für Betroffene im neu geschaffenen Kompetenzzentrum „FGM_C Koordinationsstelle“ an. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von FEM Süd, dem Österreichischen Roten Kreuz, den Frauengesundheitszentren Linz und Salzburg sowie dem Männergesundheitszentrum MEN.

Denn, wenngleich die Praxis vor allem in einer Handvoll afrikanischer und westasiatischer Länder verankert ist, ist sie aufgrund jahrzehntelanger Migrationsbewegungen ebenfalls in Österreich angekommen. Laut einer Studie der Medizinischen Universität Wien und FEM Süd stammten zwischen 2008 und 2022 33.151 Mädchen und Frauen in Österreich aus Ländern, in denen weibliche Genitalverstümmelung großflächig praktiziert wird. Die Hälfte davon kommt aus Ägypten, wo laut UNICEF rund 90 Prozent der 15- bis 40-Jährigen beschnitten sind. Ein Viertel hat Wurzeln in Somalia, in denen noch höhere Zahlen zu finden sind. Aber auch Mädchen mit äthiopischem, guineischem,

„Die Beschneidung ist in den praktizierenden Gesellschaften so normal, dass man nicht darüber redet“, so El Jeledé.

irakischem, nigerianischem oder sudanesischem Migrationshintergrund können potenziell gefährdet sein.

In Schweigen gehüllt

Dabei handelt es sich jedoch nur um Schätzungen von der MedUni Wien und FEM Süd. Tatsächlich ist es recht schwer zu ermitteln, wie viele Personen diesem Ritual ausgesetzt sind. „Niemand will darüber reden, weil es so ein großes Tabu in ihren Communities ist“, so El Jeledé. Das weiß die Medizinerin nicht nur aufgrund ihrer jahrelangen beruflichen Erfahrung. Sie ist selbst im Sudan in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der weibliche Genitalverstümmelung gang und gäbe ist. „Zum einen schämen sich viele Frauen über irgendetwas zu sprechen, was mit ihrer Sexualität zu tun hat. Zum anderen ist die Beschnei-

dung in den praktizierenden Gesellschaften so normal, dass man nicht darüber redet“, berichtet die Ärztin.

Berechnungen des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) zufolge hatten 2019 womöglich zwölf bis 18 Prozent der Mädchen und jungen Frauen unter 18 Jahren mit einem Migrationshintergrund aus einem FGM/C praktizierenden Land das Ritual am eigenen Leib erfahren. Das entspricht einer Zahl von 735 bis 1.083 Betroffenen. In der Studie der MedUni und FEM Süd geht man im Jahr 2023 von einer Zahl von potenziell 10.869 Betroffenen der ersten Migrationsgeneration aus. Weitere ein- bis dreitausend gelten als gefährdet.

Sie zu erreichen, gestaltet sich problematisch. Die Wand des Schweigens könne man El Jeledé zufolge nur mit einem kultursensiblen Ansatz in Zusammenarbeit mit den betroffenen Communities durchbrechen – abseits von rassistischen Vorurteilen oder dem erhobenen Zeigefinger. Am erfolgreichsten wäre es laut der Expertin FGM/C nicht direkt zu adressieren, sondern in übergeordnete Themen zu Gesundheit oder Schönheitsidealen einzubetten. Dementsprechend werden in der Koordinationsstelle Workshops und Beratungen in verschiedenen Erstsprachen der Betroffenen – Deutsch, Englisch, Somali und Arabisch – gehalten. Es werden ebenfalls Schulungen für Fachkräfte aus den relevanten Integrations-, Gesundheits-, Sozial-, Migrations- und Bildungsbereichen angeboten.

Beschneidung während des Urlaubs

Denn Umyma El Jeledé sieht ein weiteres Problem darin, dass in Teilen des Gesundheitssystems immer noch Unwissen bezüglich der Praxis herrsche. In



Tajir Ahmed Abdullahi setzt sich seit drei Jahren in der somalischen Community gegen FGM/C ein. Viele hätten in der Zwischenzeit ihre Ansichten geändert, erzählt er.



Umya El Jeled kämpft seit 2007 gegen weibliche Genitalverstümmelung in Österreich: "Viele Frauen schämen sich, über etwas zu sprechen, was mit ihrer Sexualität zu tun hat".



"Männer müssen eine aktive Rolle gegen FGM/C spielen", sagt Romeo Bissuti vom Männergesundheitszentrum MEN. Sie hätten öfter noch das Machtwort inne.

den vergangenen Jahren wurden zwar Maßnahmen gesetzt, um medizinisches Fachpersonal dahingehend auszubilden. So wird das Thema FGM/C aktuell als Teil der Hebammenausbildung an der MedUni Wien unterrichtet. Auch in der Facharztausbildung in Gynäkologie und Geburtshilfe ist das Erkennen von weiblicher Genitalverstümmelung sowie die Betreuung der Betroffenen eine erforderliche Kenntnis. Trotzdem berichten El Jeleds Patientinnen immer wieder von unsensiblem oder diskriminierendem Verhalten bei medizinischen Terminen. Nicht immer wissen Ärzt:innen oder Pfleger:innen, wie sie die Patientinnen behandeln sollen.

Tatsächlich sind diese dazu verpflichtet, Verdacht auf FGM/C bei einer Patientin zur Anzeige zu bringen. Im österreichischen Strafgesetzbuch wird diese als Körperverletzung mit schweren Dauerfolgen geahndet. Daran ändert sich nichts, wenn die Betroffene dem Eingriff zustimmt oder dieser im Ausland durchgeführt wird. Diese Regelung ist besonders wichtig, da der Eingriff vor allem in den Herkunftsländern – etwa während einer Urlaubsreise – durchgeführt wird.

Auf Anfrage erklärt eine Sprecherin der Sektion II Integration, Kultusamt und Volksgruppen des Bundeskanzleramts,

dass der Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung bereits seit Jahren ein wichtiges Anliegen sei. Schon vor der Einrichtung der Koordinationsstelle gab es zahlreiche Anlaufstellen, an die sich Betroffene wenden können, etwa der Orient Express, die Waris Dirie Desert Flower Foundation, die Krisenambulanz am AKH sowie Kliniken in Innsbruck, Hallein, Graz und Linz. Kürzlich wurden auch neue Ambulanzen in Oberösterreich und in der Steiermark eingerichtet.

In Teilen des Gesundheitssystems in Österreich herrscht immer noch Unwissen bezüglich dieser Praxis vor.

Patriarchale Strukturen nutzen

Die Kliniken richten sich an Frauen ebenso wie Männer. Denn FGM/C dient nicht nur der Kontrolle weiblicher Sexualität. Es sei auch ein Mittel, um den Status des männlichen Familienoberhauptes zu sichern, sagt Romeo Bissuti vom Männergesundheitszentrum MEN: „Der Mann repräsentiert die Familie nach außen hin.“ Eine unbeschnittene Tochter oder Ehefrau könnte dem Ansehen eines Mannes demnach direkt schaden. „Umso wichtiger ist es, dass Männer eine aktive Rolle im Kampf gegen

FGM/C spielen. Wir versuchen diese patriarchalen Strukturen für uns zu nutzen und die Männer davon zu überzeugen, ein Machtwort zu sprechen, bevor die Praxis an ihren Töchtern angewandt wird“, so Bissuti.

Ein Bewusstsein zu schaffen ist die Aufgabe von sogenannten Peers, die aus den betroffenen Communities selbst stammen und von MEN ausgebildet werden. Tajir Ahmed Abdullahi ist seit drei Jahren als solcher tätig. Er hält Workshops für Männer aus der somalischen Community, zu der er auch selbst gehört. „Manche sagen, dass es unsere Kultur ist und sie das deswegen weiter ausleben dürfen sollten. Anderen ist es egal, ob Frauen beschnitten werden“, erzählt Abdullahi.

Viele änderten ihre Ansichten im Laufe der Zeit, in der Abdullahi sie kennt. Die Bereitschaft offen über dieses Thema zu sprechen, sei gestiegen. Trotzdem sei noch viel in den Communities und auf institutioneller Ebene zu tun, um weibliche Genitalverstümmelung auch in Österreich gänzlich auszurotten.

Salme Taha Ali Mohamed schrieb unter anderem für das biber Magazin, Social Attitude, die Bezirkszeitung und das uni:view-Magazin der Uni Wien. Aktuell arbeitet sie als freischaffende Journalistin.

POPULÄR GESEHEN

Von allen guten Geistern verlassen

Soziale Isolation geht unter die Haut. Einsamkeit ist ein gesellschaftliches Alarmsignal.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Siebenhunderttausend Menschen in Österreich, knapp acht Prozent der Bevölkerung, sind in den vergangenen vier Wochen meistens oder immer einsam gewesen. Hier geht es nicht um die selbstgewählte Einsamkeit in der Askese oder im Mönchtum, im Aussteigen oder eine Woche in die Stille Gehen. Den Unterschied zwischen Einsamkeit und Alleinsein macht die Freiheit. Es gilt die unfreiwillige Einsamkeit, unter der man leidet, zu trennen vom freiwilligen Alleinsein, nach dem man sich bisweilen sehnt. Die Philosophin Hannah Arendt fasst das so zusammen: „Ich nenne diesen existentiellen Zustand, in dem ich mit mir selbst umgehe, ‚Alleinsein‘, im Unterschied zur ‚Einsamkeit‘, in der man auch allein ist, aber nicht nur der Gesellschaft anderer Menschen entbehrt, sondern auch der möglichen eigenen.“ Hier spricht sie etwas an, das bei Einsamkeit oft übersehen wird: die Entfremdung; das Gefühl, sich selbst fremd zu werden. Denn Einsamkeit bedeutet, sich von der Welt getrennt fühlen. Spricht man mit Betroffenen, dann äußern sie in der Tiefe: Ich bin hier verlassen worden.

Vergessen und abgelegt. Die Welt gibt es da draußen, aber ich bin nicht mehr mittendrin. Die Welt mag tönend, farbig, warm und frisch sein. Meine Welt ist es nicht mehr. Wer sich von allen guten Geistern verlassen fühlt, verliert auch das Vertrauen in die Welt rundum, in seine Umgebung, in die Gesellschaft, in die Demokratie. Je einsamer, desto geringer die Wahlbeteiligung und das Vertrauen in demokratische Institutionen. Wenn die Freiheit fehlt, über Nähe und Distanz selbst entscheiden zu können, dann kommen die Probleme. Sei es, dass zu viel Nähe in beengten und überbelegten Wohnungen die Autonomie verletzt, oder zu wenig an Nähe Menschen sozial isoliert. Sei es, dass zu viel Nähe mit bestimmten Personen die Lebensentfaltung blockiert, oder zu wenig an Nähe die Welt verdunkelt. Soziale Isolation geht unter die Haut, verändert die Beziehung zur Welt. Einsamkeit ist kein individuelles Schicksal, sondern geht uns alle an. Wer etwas gegen Einsamkeit tut, tut auch etwas für sozialen Zusammenhalt, Gesundheit und Demokratie.

POLIZEIKOLUMNE

Eine Kamera, die wegschaut

Körperkameras versprechen objektive Beweismittel von Polizeieinsätzen. Das setzt aber die geeignete Handhabung voraus.

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.
Illustration: Petja Dimitrova

Die österreichische Polizei rollt flächendeckend Körperkameras aus. Nach jahrelangen Pilotversuchen werden Bodycams nun bundesweit zur Standardausrüstung gehören. Sie sollen sowohl Polizist:innen als auch Bürger:innen schützen und einen objektiven und neutralen Beweis für schief gelaufene Polizeieinsätze liefern. Unabhängig davon, wer das problematische Verhalten an den Tag gelegt hat.

Doch bei näherer Betrachtung wird die Polizei dem Versprechen der Objektivität nicht gerecht: Zum einen trägt nicht die Person die Kamera, die den Überblick behält und den Einsatz aus einiger Distanz absichert, sondern diejenige, die das Gespräch führt und mitten im Geschehen steht. Ausgerechnet das Verhalten der/des Beamt:in, auf das es bei der Überprüfung einer Beschwerde ankommt, ist gar nicht im Bild. Zweitens werden die Geräte ohne Möglichkeit zur Vor-Aufzeichnung eingesetzt. Aufgezeichnet wird erst dann, wenn es eskaliert – und der Beamte die Kamera bewusst einschaltet. Was vorher geschah, bleibt im Dunkeln. Beim Prüfen der Verhältnismäßigkeit kommt

RE-CHECK



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Vanessa Spanbauer ist Journalistin und Historikerin aus Wien.

Die Müdigkeit, die bleibt

Wenn mir das Lachen im Hals stecken bleibt.

VANESSA SPANBAUER CHECKT MEHRFACH: EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT, FEMINISMUS UND MIGRATION.

Illustration: Petja Dimitrova

es aber auf den Anfang des Einsatzes an. Gab es einen guten Grund für die Zwangsgewalt? Wurde das gelindeste Mittel gewählt, das noch zum Ziel führt?

So gehandhabt sind die Kameras kein neutrales Beweismittel, sondern ein einseitig nutzbares Instrument. Ein Mittel, bei dem die Polizei die Kontrolle über das Narrativ behält. Wer den Ausschnitt bestimmt und wann die Kamera läuft, bestimmt auch, was dokumentiert wird – und was nicht. Das untergräbt das Versprechen der Bodycams: Professionelle Polizeiarbeit, die sich auf die Finger schauen lässt.

Körperkameras ohne Vor-Aufzeichnung sind eine halbe Lösung. Sie erwecken den Anschein von Transparenz, ohne echte Rechenschaft zu ermöglichen. Sie schützen zwar die Polizei vor falschen Anschuldigungen, aber sie schützen die Bevölkerung nicht vor unverhältnismäßiger Gewalt. Wer es mit objektiver Kontrolle und Transparenz ernst meint, muss dafür sorgen, dass die gesamte Situation dokumentiert wird – von Anfang an und beide Seiten.

„Ach, warum kann ich das alles nicht lockerer sehen?“ – Das frage ich mich manchmal, wenn ich an Orten bin, die nicht für mich gemacht sind. Und dann ärgere ich mich wieder darüber, dass ich das überhaupt denke. Denn diese Orte sind nicht für mich gemacht, weil sie keine Rücksicht darauf nehmen, dass ich nicht-weiß bin. Rücksicht im Sinne davon, dass sie auch mich mitdenken. Besonders in der Arbeitswelt wird mir oft schmerzlich bewusst, dass es viele Räume gibt, die noch keine nicht-weiße Person je betreten hat. Folglich bin ich alleine. Kann ich es den anderen Teilnehmer:innen daher vorwerfen, dass sie in ihrer eigenen weißen Blase denken? Und dass sie das Wort Diversität höchstens darauf beziehen, dass sie aus verschiedenen Bundesländern stammen? Als Schwarze Frau, die in Österreich aufgewachsen und sozialisiert ist, kenne ich diese Situation gut. Ich halte sie auch aus. Nur eines schaffe ich oft nicht – zu lächeln und die Situation als positiv zu betrachten, wenn wieder ein unangebrachter Witz gemacht wird oder wenn diskriminierende Aussagen fallen. Oder auch

nur, wenn die Lebensrealitäten von nicht-weißen Personen vergessen werden. Wenn wieder davon gesprochen wird, alle einbeziehen zu wollen und für Alle offen zu sein. Alle sind in diesem Fall auch Frauen, Ältere, Jüngere und Personen am Land und in der Stadt. Bei „Alle“ sind Personen mit Migrationsbiografie und ihre Nachkommen oft allerdings nicht mitgemeint, genauso wie Menschen mit Behinderung oder Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Zum Wohlfühlen brauche ich Diversität und eine Normalisierung verschiedener Lebensrealitäten. Erklären will ich das außerhalb von Workshops oder anderen Formaten, in denen ich klar die Verantwortung trage, diese Themen zu besprechen, nicht. Manchmal ist die Müdigkeit, die dadurch entsteht, das immer wieder erklären zu müssen, groß. Erklären, weshalb man sich ausgeschlossen fühlt, ist ein Dauerzustand. Es ist Arbeit, die ich nicht mehr unbezahlt leisten kann. Ich würde mir wünschen, dass Plätze für „Alle“ zumindest bedeutet, dass „Alle“ mitgedacht werden – auch wenn sie vielleicht nicht anwesend sind.

SERVUS ALAYKUM

KOLUMNE

Zwischen Wurschtigkeit & Widerstand

Einblicke in das (Er-)Leben der österreichischen Gesellschaft aus Sicht einer Wiener Muslima. Mit dunkelbuntem Humor und feurigem Temperament, aus dem Herzen Österreichs.

TEXT: MENERVA HAMMAD



Illustration: Petja Dimitrova

Man kann nicht sagen, dass die Überraschung groß war, denn nein, das ist sie wahrlich nicht. Alle (fünf) Jahre wieder wählen die Wiener:innen den Gemeinderat und die Bezirksvertretung, und das Ergebnis kann sich auf den ersten Blick sehen lassen. Das Aufatmen war groß und die Erleichterung größer, als deutlich wurde: Die FPÖ hat nirgends gewonnen, die ÖVP fast nirgends. Dürfen wir so ehrlich und direkt sein, um Wien zu retten, Habibi?! „So gesehen, kann es mir ja wurscht sein“, said no activist ever! Hier und da versuche ich, meine Wurschtigkeit zu trainieren. Kennen Sie das? Ich lege keinen Wert darauf, dass mich jede Person toll findet, trage die Kleidung, die mir gefällt – auch wenn sie nicht immer das Wamperl kaschiert. Hier und da rutschen mir unbedacht Dinge heraus, für die ich mich danach aus Anstand entschuldigen muss. Früher wäre ich gerne eine elegante, mysteriöse und zierliche Madame aus einem der gehobenen Bezirke gewesen, die keine Ahnung hat, wie es ist zu schufte – bin ich alles aber nicht. Mittler-

weile ist es mir ja schon wurscht. Ich bin ein Grätzlweib, wie man sie gerne beschreibt: (vor-)laut, mit einem extrem lauten Lacher, tollpatschig und mit einem Herz fürs Miteinander, weil... naja, wie soll ma sonst?! Am Wahltag trug ich einen blaugrünen Kaftan, ging in die Volksschule gegenüber von mir, händigte dort brav meinen österreichischen Personalausweis aus, nur um nach meinem „Griass eana“ verblüffte Gesichter zu sehen. Ja, ich kann Deutsch. Auch den Wiener Dialekt. Menschen, die aussehen wie ich, können auch Deutsch. Menschen, die aussehen wie ich, können auch Österreicher:innen sein. Selbst so viele Jahrzehnte später scheint dies eine Überraschung zu sein, und ich frage mich, wie viele b'suffene G'schichtn, wie viele Finanzbetrügereien und über zwanzig Jahre Verhandlungen es noch braucht, um endlich den Hausverstand zu verwenden, wenn es darum geht, ein funktionierendes Miteinander zu schaffen?! Ja, auf den ersten Blick mögen rechte Parteien „nicht gewonnen“ haben, und doch haben sie mehr Stimmen erreicht als vor fünf Jahren. Die Partei-

en mit einer klaren Positionierung gegen Migrant:innen und Muslim:innen haben an Stimmen gewonnen, denn diese Masche funktioniert schon immer – und überall. Die Frage, die bleibt, ist jedoch: Wie lange noch werden sich Menschen noch dagegen wehren, den Anfängen zu wehren? Die noch wichtigere Frage ist: Warum positionieren sich – angeblich – linke Parteien nicht klar und deutlich für ein echtes Miteinander? Aus Angst, treue Wähler:innen zu verlieren, die genau in den genannten Punkten (Migration, Muslim:innen) selbst die Seiten wechseln und dann eher rechte Parteien wählen würden – einfach nur, um keine Kopftücher mehr sehen zu müssen? Ich weiß nicht, ob man sich über das Wahlergebnis freuen sollte. In den einzelnen Bezirken kann man vielleicht sagen, dass „das Schlimmste“ verhindert wurde, aber wenn ich bedenke, dass es um Wien geht, um die Zukunft, um 35 Prozent der hier Lebenden, die nicht mitwählen dürfen, dann ist es mir nicht wurscht. Es gibt Dinge, die niemals in die Wurschtigkeit fallen dürfen – denn dann fallen wir alle ...

DOSSIERMEDIEN

BUCH



It's the economy

Wenn von Bildung die Rede ist, denken viele an Mathematik, Sprachen oder Geschichte – doch Wirtschafts- und Finanzbildung ist ebenso zentral, wenn Menschen in einer zunehmend komplexen Welt bestehen wollen. Dabei stellt sich die Frage: Welches Wirtschaftsverständnis lernen wir eigentlich – und von wem?

Genau hier setzt das Buch „Wir alle machen Wirtschaft“ an. Es ist dabei mehr als nur eine Sammlung wirtschaftspolitischer Essays – es ist ein Aufruf zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Herausgeber:innen warnen eindringlich davor, dass finanzstarke Lobbys zunehmend über Finanzbildungs-Projekte in Schulen Einfluss nehmen und dabei ein verengtes, marktkonformes Bild von Wirtschaft vermitteln. Das Ziel scheint zu sein, junge Menschen frühzeitig im Sinne unternehmerischer Interessen zu sozialisieren. Dem hält das Buch ein breiteres – und vor allem inklusiveres – Verständnis von Wirtschaft entgegen.

Statt trockener Theorie oder neoliberaler Dogmatik zeigt das Buch auf, dass Wirtschaft alltäglich, vielfältig und von

uns allen gemacht ist – ob durch bezahlte Arbeit, Sorgearbeit, Konsumentenscheidungen oder Engagement im Gemeinwesen. Unterschiedliche Stimmen aus Praxis, Wissenschaft und Aktivismus kommen im Buch zu Wort, die zeigen: Wirtschaft machen wir tatsächlich alle. (red)

Die Armutskonferenz, Attac, GESÖB und fair sorgen! (Hg.)

Wir alle machen Wirtschaft

Mandelbaum Verlag 2024

222 Seiten, 20 Euro

BUCH



Mächtige Bildungslücken

Wer Geschichte erzählt, hat Macht. Denn was als Erinnerungswürdig gilt, prägt unser kollektives Bewusstsein – und damit auch unsere Bildung. In Schulen, in Lehrbüchern, in Museen wird vermittelt, was „wichtig“ war. Doch was passiert, wenn ganze Grup-

pen systematisch aus dieser Erzählung gestrichen werden?

Genau hier setzt Leonie Schölers „Beklaute Frauen“ an – ein Buch über Frauen und queere Menschen, die Geschichte gemacht haben, deren Namen aber kaum jemand kennt.

Wer glaubt, dass Bildung neutral ist, wird hier eines Besseren belehrt. Die deutsche Journalistin, Historikerin und Literaturwissenschaftlerin Schöler rollt Biografien auf, die aus dem historischen Gedächtnis verdrängt wurden: Erfinder:innen, Widerstandskämpfer:innen, Künstler:innen, Aktivist:innen, die Großes geleistet haben, deren Beiträge aber von Männern verein-

nahmt oder durch patriarchale Strukturen kleingeschrieben wurden. „Beklaute Frauen“ ist daher eine lebendige und kraftvolle Antwort auf die bisherigen Geschichtsauslassungen. (red)

Leonie Schöler

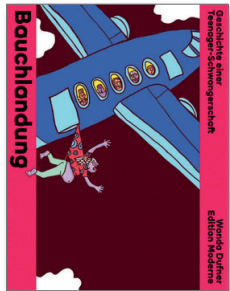
Beklaute Frauen

Penguin 2024

416 Seiten, 23,50 Euro

POPULÄRKULTUR

GRAPHIC NOVEL



Von Mädchen und Müttern

„Mein Leben ist am Arsch!“ Noemi ist verzweifelt: 17 Jahre und ungewollt schwanger – wie konnte das passieren? Gerade sie, die Schüchterne, die keine körperlichen Berührungen mag, als brav und prude gilt. Die fiktive Figur steht im Zentrum des

Graphic-Novel-Debüts der Schweizer Comiczeichnerin Wanda Dufner, die darin ihre eigenen Erfahrungen als Teenie-Mutter verarbeitet. „Bauchlandung“ erzählt von Ohnmacht und Scham, vor allem aber vom zähen Ringen um Selbstbestimmung – in quietschbunten Farben und mit beißendem Humor. Noemi, fremdelnd mit dem eigenen Körper, wird zur Projektionsfläche für ein konservatives Umfeld: Ärzt:innen, Lehrer:innen, Eltern reden über sie, doch kaum jemand mit ihr. Selbst die Beratungstermine dienen mehr dem Seelenfrieden der Erwachsenen als dem Wohlergehen des Teenagers. Kein Wunder, dass

die aufgezwungenen Schuldgefühle Noemi zunehmend in Rage versetzen.

Die gesellschaftliche Abwertung jugendlicher Schwangerer zieht sich wie ein roter Faden durch den Comic: Wer so jung Mutter wird, gilt schnell als verantwortungslos und „dumm“. Zwischen den Predigten der erzkatholischen Oma, Mobbing im Klassenchat und Therapiefloskeln kämpft Noemi sich durch einen Horrortrip von Vorurteilen und Erwartungen. Ihr Wunsch, das Kind zu behalten, scheint der erste eigene Entschluss – gegen eine Welt, die ihr sonst permanent Entscheidungen abnimmt und ohnedies Mäd-

chen nur wenig ernstnimmt. Bei aller Wut ist „Bauchlandung“ eine unerwartet leichte wie empowernde Erzählung über das Erwachsenwerden unter Extrembedingungen. Empfehlung! (Vina Yun)

Wanda Dufner

Bauchlandung. Geschichte einer Teenager-Schwangerschaft

Edition Moderne 2025

400 Seiten, 37 Euro

PODCAST



Sprachrohr für Elementarpädagogik

Der Podcast „Elementarbildung“ bespricht, was politisch und gesellschaftlich oft übersehen wird: die Bedeutung der Elementarbildung – und ihr teils maroder Zu-

stand in Österreich. Er wird von Max Werschitz, einem Betreuer in einem Grazer Kindergarten ehrenamtlich im Namen von NeBÖ (Netzwerk elementare Bildung Österreich) produziert.

Die Gäste des Podcasts sind aus Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und führen Gespräche über zentrale Themen: pädagogische Qualität, Fachkräftemangel, Bildungsungleichheit, Kinderrechte, Inklusion oder den politischen Reformstau im österreichischen Bildungssystem. Er thematisiert auch systemische Herausforderun-

gen: zu große Gruppen, zu wenig Zeit für Beziehungsarbeit, mangelhafte Bezahlung, fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten.

Der Podcast ist ein bildungspolitisches Sprachrohr für eine Berufsgruppe, die lange zu wenig Gehör fand, und gibt der Gesellschaft spannende Einblicke in einen Bereich, der so essenziell für Bildung, Teilhabe und ein gelingendes Aufwachsen ist.

www.elementarbildung.at/podcast



BUCH



Migration als Normalzustand

Migration ist kein Ausnahmezustand – sie ist der Normalfall menschlicher Geschichte. Diese These entfalten der Historiker Hannes Leidinger und die Wissenschaftsjournalistin Susanne Mauthner-Weber in ihrem Buch „Zuhause ist anderswo“. Menschen haben schon immer ihre Heimat verlassen – sei es wegen politischer Verfolgung, wirtschaftlicher Notwen-

digkeit, privater Beziehungen oder auf der Suche nach neuen Chancen. Anhand lebendig erzählter Episoden aus verschiedenen Epochen – von der Bronzezeit bis ins 21. Jahrhundert – zeigen die Autor:innen, dass Wanderbewegungen stets Teil gesellschaftlicher Entwicklungen waren. Der Fokus liegt vor allem auf Österreich und Europa. So erfährt man etwa, dass Ötzi zu 90 Prozent anatolisches Erbgut in sich trug – ein Hinweis auf weitreichende Mobilität bereits in der Jungsteinzeit. Das Sachbuch hilft, aktuelle Debatten über Migration besser einzuordnen und regt an, über Heimat und Zugehörigkeit nachzudenken. (red)

Hannes Leidinger, Susanne Mauthner-Weber

Zuhause ist anderswo

Leykam 2024

320 Seiten, 28 Euro

BUCH



Krisen als Brennglas

Klimakrise, Pandemie, Teuerung: Unsere Gesellschaft bewegt sich in einem permanenten Krisenmodus. Doch während Politik und Medien oft von wirtschaftlichen Kennzahlen sprechen, stellt sich die Frage: Wie wirken sich diese Vielfachkrisen auf die Menschen aus, die ohnehin am wenigsten haben und die Krisen am stärksten zu spüren bekommen? Das Buch „Armut in der Krisengesellschaft“, herausgegeben von vier

Sozialwissenschaftler:innen, legt eine kompakte und analytisch dichte Bestandsaufnahme vor. Die Beiträge des Sammelbands basieren auf empirischen Analysen der letzten Jahre und machen eines unmissverständlich deutlich: Krisen sind soziale Brenngläser. Sie verschärfen bestehende Ungleichheiten, treffen besonders jene, die schon vorher armutsgefährdet waren – Alleinerziehende, Niedrigeinkommensbezieher:innen, Arbeitslose und Großfamilien.

Doch der wichtigste Aspekt des Buches ist nicht nur Krisenfolgen zu beschreiben, sondern auch zu zeigen, was armutspolitisch anders bzw. besser gemacht werden kann. (red)

Christine Stelzer-Orthofer, Karin Heitzmann,

Martin Schenk, Nikolaus Dimmel (Hg.)

Armut in der Krisengesellschaft

Löcker Verlag 2024

362 Seiten, 29,80 Euro

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Milena Österreicher (Chefredakteurin; mö),
Karin Wasner (Fotoredaktion), Petja Dimitrova (Porträt-
Illus), Alexander Pollak (apo), P.M. Hoffmann (Illustra-
tionen), Eva Vasari (Illustrationen)

AUTOR:INNEN DIESER AUSGABE:

Menerva Hammad, Emilija Ilić, Sonja Kittel, Sarah Klei-
ner, Naz Küçüktekin, Salme Taha Ali Mohamed, Milena
Österreicher, Anna Parr, Magdalena Pichler, Alexander
Pollak, Martin Schenk, Philipp Sonderegger, Vanessa
Spanbauer, Vina Yun

COVERBILD: P.M. Hoffmann

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Ute Meißnitzer, ute.meissnitzer@sosmitmensch.at Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Maiko Sakurai, abo@momagazin.at Telefon: +43 1 524 99 00-23

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 45.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien
Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller
Obfrau: Zeynep Buyraç
Grundlegende Richtung: Gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie und Chancen-
gleichheit.
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383
BIC: GIBAATWWXXX
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
Demokratie und Chancengleichheit. Der Nachdruck der
Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung
von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den Urheber:innen.
Falls kein:e Urheber:in ausgewiesen ist:
SOS Mitmensch.

ANDERE ÜBER ...

Ein Haus, das nur am Dach saniert wird, verliert den Halt.

Ein Staatshaushalt ist wie ein Haus: Damit es stabil bleibt, braucht es ein tragendes Fundament – und keine Einschnitte, die tragende Wände schwächen.

KOMMENTAR: ANNA PARR



Illustration: Petja Dimitrova

Doch genau das droht nun: Gespart wird dort, wo die Statik unserer Gesellschaft am verletzlichsten ist – bei jenen, die ohnehin kaum Spielraum haben.

Was hier verhandelt wird, ist nicht nur ein Budget. Es ist ein Gesellschaftsbild. Wollen wir ein Land, in dem eine Mindestpensionistin im Winter entscheiden muss, ob sie heizt oder isst?

In dem Eltern das Mittagessen auslassen, damit ihre Kinder nicht hungrig schlafen gehen?

In dem Kinder nicht zum Turnen, ins Kino oder auf Schulausflüge mitkönnen – nicht, weil sie nicht wollen, sondern weil das Geld fehlt?

In dem Armut und geringe Bildung weitervererbt werden wie ein schwerer Rucksack, den Kinder von Anfang an tragen müssen?

Die aktuelle Armutsstatistik ist ein Alarmsignal: 336.000 Menschen leben in absoluter Armut, darunter fast 80.000 Kinder. Die Krisenjahre haben Spuren hinterlassen. Wer einmal in Armut gerutscht ist, findet oft keinen Weg mehr hinaus. Das zeigt sich nicht

nur in Zahlen der Statistik Austria, sondern auch in der täglichen Arbeit der Caritas: 2024 suchten über 50.000 Menschen Hilfe in unseren Sozialberatungsstellen – ein Plus von 72 Prozent seit 2020. Rechnet man mitbetreute Angehörige und Kinder mit, betrifft das mehr als 100.000 Menschen. Nach Fixkosten wie Miete, Strom und Heizung bleiben vielen im Schnitt nur noch 15 Euro pro Tag – für alles, was ein Leben sonst noch braucht. Einmalhilfen helfen kurzfristig. Was es braucht, ist ein stabiles, gerechtes Fundament.

Die Budgetrede des Finanzministers hat bestätigt, was viele befürchtet haben: Statt Armut zu bekämpfen, werden Leistungen gekürzt, die für viele Familien existenzsichernd sind. Die Streichung des Klimabonus, das Aussetzen der Valorisierung zentraler Familienleistungen und der Rückgriff auf Mittel aus der kalten Progression belasten jene am stärksten, die schon jetzt jeden Cent dreimal umdrehen müssen. Das zweite verpflichtende Kindergartenjahr und der Fonds für Unterhaltszahlungen sind zu begrüßen, aber dafür kein ad-

äquater Ersatz.

Ein solidarisches Budget bedeutet nicht, dass alle gleich viel beitragen. Es bedeutet, dass jeder beiträgt, was er oder sie kann – und dass jene besonders geschützt werden, die nichts mehr auf der hohen Kante haben.

Gerechtigkeit heißt nicht, alle gleich zu behandeln. Sie heißt, dorthin mehr zu geben, wo weniger da ist. Und hinzuschauen, wo es leise wird, weil die Betroffenen keine Lobby haben.

Wer an der sozialen Statik spart, schwächt nicht nur das Leben einzelner Menschen, sondern auch das Vertrauen in unser demokratisches Miteinander. Ein Budget, das Armut verschärft, trägt nicht zur Erneuerung bei – es untergräbt die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Sozialer Zusammenhalt ist kein Luxus. Er ist das Rückgrat unserer Gesellschaft – und das tragende Fundament unserer Demokratie.

Anna Parr ist Generalsekretärin der Caritas Österreich.

Enthüllungsjournalismus, der das Land veränderte.

Als die Chefredakteurin Teil eines Spionage-Thrillers wurde.

profil-CR Anna Thalhammer recherchiert intensiv im Schattenreich der Spione – und wurde schließlich selbst ausspioniert. Warum sie? Weil sie ihre Nase zu tief in die Angelegenheiten des flüchtigen Wirecard-Chefs Jan Marsalek und seiner Schergen gesteckt hat? Was ist in Wien los, der Hauptstadt der Spione?

Am 17. Juni begrüßt profil-Chefreporter **Stefan Melichar** folgende Gäste auf der Bühne:

Michael Kloibmüller – ehemaliger Innenministeriumssektionschef und Opfer

Thomas Riegler – Historiker und Geheimdienstexperte

Jörg Leichtfried – SPÖ-Staatssekretär für Verfassungsschutz

Anna Thalhammer – CR und Herausgeberin von profil



Jetzt Tickets sichern
unter www.akzent.at

55 Jahre
Unbequeme
Wahrheiten

Sa., 17. Juni 2025, 19:30 Uhr
„profil & Wirecard & Putins
Spione“ im Theater Akzent

profil



Lebe deine Liebe!

In der Regenbogenhauptstadt kannst du deine Lebens- und Liebesentwürfe frei leben. Wien fördert aktiv queere Jugend- und Kulturzentren, die Raum für Begegnung und kreative Entfaltung bieten.

Die Wiener Antidiskriminierungsstelle (WAS_t) für LGBTIQ-Angelegenheiten unterstützt alle, die von Diskriminierung betroffen sind, anonym und kostenlos – und das seit über 25 Jahren.

Hol dir jetzt Beratung!

**Stadt
Wien**



wien.gv.at/queer